

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pf. • Platzverordnungen ausgeschlossen. Volksred.-Konto Hannover Nummer 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: Iltverband Bochum.

Zum Jahreswechsel!

Das Jahr 1929 rüstet zum Ausbruch. Es geht von hinten und hinterläßt bange Zweifelsfragen, wie sich das Schicksal des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Arbeiterklasse gestalten wird. Ein Durcheinander herrscht auf allen Gebieten. Und wenn man die ungeheuer scharf zugespitzte Lage betrachtet, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Jahreswende 1929-30 zugleich eine Schicksalswende des arbeitenden Volkes in Deutschland bedeutet. Seitdem der Krieg beendet wurde, ist noch nie ein so gespanntes Verhältnis zwischen den Klassen vorhanden gewesen wie diesmal. Man will eine endgültige Lösung aller Probleme erstreben. Der Verlauf in Politik und Wirtschaft hatte im letzten Jahrzehnt stets etwas Provisorisches an sich. Die Zeit der Inflation war an sich ein Provisorium. Nach derselben taumelten wir von einer improvisierten Periode in die andere. Namentlich das Reparationsproblem war es, das nicht zuletzt zur Unruhe im wirtschaftlichen und politischen Leben beitrug. Nun steht auch die Reparationsfrage vor der Endregelung. Doch noch ehe der Vär erlegt ist, streitet man sich um das Fell oder hat es schon mehrmals aufgeteilt.

Und wenn der Jahreswechsel, der zugleich ein Wechsel des Jahrzehnts ist, in eine so aufgeregte Zeit fällt, dann ist es fast müßig, rückschauend etwas über den Verlauf und die Geschehnisse der vergangenen 12 Monate zu sagen. Sie wurden angefüllt vom heftigen Ringen um die bereits erwähnte Reparationsregelung. Monate hindurch saßen die Finanzmänner in Paris zusammen, um den nach ihrer Meinung günstigsten Abschluß zu finden. Deutschland bildete dabei das Objekt. Die Konferenz im Haag folgte. Das Spiel begann dort von neuem. Nur daß diesmal nicht gerissene Finanzleute, sondern Regierungsmänner bei der Partie waren. Der deutsche Außenminister sank ins Grab, andere versuchten in seinem Sinne die Erfüllungspolitik fortzusetzen. Und als die Realisierung des endgültigen Reparationsplanes in naher Aussicht steht, da erhebt sich der große Kampf um die Lastenverteilung. Und in diesem Zeichen steht hauptsächlich das Neujahr 1930.

Das zu Ende gehende Jahr zählt zu einem Zeitabschnitt, der von harten gewerkschaftlichen Kämpfen angefüllt war. Es haben sich keine so scharfen Auseinandersetzungen abgespielt wie beispielsweise im Jahre 1928. Aber desto heftiger wurde der soziale Kleinkrieg ausgefochten. Zahlreiche Differenzen wurden erledigt und ununterbrochen kämpfte die Avantgarde, d. h. die in Arbeit stehenden Funktionäre in den Betrieben, gegen das soziale Unrecht und für die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Von sozialpolitischen Auseinandersetzungen

Ist hauptsächlich der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung zu nennen. Diese hat die Öffentlichkeit wochenlang beschäftigt und nur mit Mühe gelang es in den letzten Reichstagsitzungen des Jahres, durch eine Beitragserhöhung das Werk der Arbeitslosenversicherung vor dem Zerbrechen zu retten. Von allen Sozialversicherungen ist den Unternehmern kein Zweig so verhaßt wie derjenige der Arbeitslosenversicherung. Sie würden es viel lieber sehen, wenn die Arbeiter und Angestellten gezwungen sind, ihre Arbeitskraft unter allen Umständen und zu jedem Preis anzubieten. Der Hunger hat sich stets als der beste Bundesgenosse der Unternehmer erwiesen. Der Wachsamkeit der Gewerkschaften im Bunde mit den politischen Interessenvertretungen in den Parlamenten und Regierungen ist es zu verdanken, daß das geschaffene Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht bereits nach zweijährigem Bestehen gescheitert ist.

Oben sprachen wir von einer Schicksalswende der sozialen Verhältnisse. Es dürften hierzu noch einige Worte zu sagen notwendig sein. Das Unternehmertum in Deutschland befand sich noch nie so in Kampfstellung wie in der letzten Zeit. Dies deutet darauf hin, daß man die Lösung der Reparationsfrage dazu benutzen will, ein endgültiges Herrschaftsverhältnis aufzubauen. Das arbeitende Volk soll aus den Positionen, wo es Gelegenheit hat, eine Macht zu entfalten, hinausgedrängt werden. Wieder wie in früheren Jahrzehnten sollen die Besitzer der Produktionsmittel, die Kommandeure im Wirtschaftsleben, die Befehlsgewalt auf allen Gebieten erhalten.

Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!

Dieses Wort eines bayerischen Bischofs soll von den Unternehmern in reinsten Form zur Wahrheit werden. Deshalb sprechen wir von einer Schicksalswende. Denn wenn es dem arbeitenden Volk in diesem historischen Augenblick nicht gelingt, die wohlvorbereiteten Pläne abzuwehren, dann wird auf Jahre der soziale Kampf entschieden sein. Wir sind überzeugt, daß unsere Freunde in Stadt und Land dies nicht wollen. Deshalb müssen sie gerade den Jahreswechsel dazu benutzen, um rückschauend eine Bilanz nach der oben angedeuteten Richtung zu machen und vorstehend ein gewisses Ziel aufzurufen.

Gewiß kann das arbeitende Volk nicht von Hoffnungen und Wünschen leben. Von Hoffnungen leben, hieße, sich am Rauch männen zu wollen. Aber es befehlt einen jeden Menschen un-

gemetn, wenn er von einer Hoffnung, von einer Sehnsucht auf ein schönes Ziel den Antrieb zu mutigen Taten erhält. Trotz alledem bleibt das Notwendige das Nächstliegende. Und wenn wir uns einmal Mühe machen wollten, zu ergründen, was am Jahreswechsel 1929-30 am notwendigsten ist, so ist es schwer, eine Auswahl zu finden. Notwendig ist vor allem die Sicherung der Existenz, denn noch nie war die Lebensgrundlage der Arbeiter und Angestellten so unsicher und schwankend wie jetzt. Und deshalb muß erst mal dafür gesorgt werden, daß die Millionen mit Hirn und Hand Schaffenden auf einer gesicherten Basis ihr Leben aufzubauen vermögen. Ist dies zur Tatsache geworden, dann ist alles andere leichter. Das arbeitende Volk müßte angesichts der gegenwärtigen Kämpfe verzeihen, wenn ihm nicht die Arbeiterbewegung und ihre Lehre zur Seite stünde. Diese gibt ihm die Zuversicht, vorwärts schauend seine eigene Kraft zu stählen und zu entwickeln. Die Tatsache allein,

Die besten Glückwünsche

zu frohem erfolgreichen Schaffen
im Jahre

1930

entbieten allen Mitgliedern, Funktionären und Mitarbeitern
DER VORSTAND DIE REDAKTION

daß Millionen Volksgenossen von einem einzigen Willen befeelt sind, ist eine Großtat ersten Ranges. Was wäre aus Deutschland in dem abgelaufenen Jahrzehnt geworden, wenn nicht die Arbeiterbewegung den ruhenden Pol in der Erscheinungen flucht gebildet hätte!

Für uns Bergarbeiter aber gilt all das, was hier von der Arbeiterschaft allgemein gesagt ist, in doppeltem Maße. Die Bergarbeiter haben die mächtigsten und die unsozialsten Arbeitgeber, die nur auf brutales Herrenrecht pochen und der Bergarbeiterschaft die Rolle des braven und ihrem Herrn dankbaren Dieners zuweisen möchten. Ihr Leiborgan, die „Deutsche Bergw.-Ztg.“, verrät das tagtäglich. Hier ist an der ganzen Verworfenheit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nur die

Diktatur der Gewerkschaften

Schuld, was in gewöhnliches Deutsch überfehlt heißt: „Die Macht, die sich die Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften geschaffen hat und mit der sie der Willkür der Unternehmer erfolgreich zu begegnen weiß!“

Und diese Macht der Gewerkschaften ist es, die traurigerweise gerade in der letzten Zeit wieder von eigenen Klassen-genossen zu zerstören versucht wird. Es ist die Gruppe der von Moskau ausgehaltenen Sekretäre und Redakteure der kommunistischen Partei, die mit diesem Zerstörungskampf gegen die Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung beweisen wollen. Gerade um die Jahreswende hielten sie ja in Berlin einen Kongreß ab, der neue Wege zur Vernichtung der Gewerkschaften aufzeigen sollte, der aber in Wirklichkeit nur die ganze politische Geisteslosigkeit dieser Leute offenbarte und ihre eigentlichen Absichten doppelt klar erkennen ließ, sich durch solche Harkefinaden nach Moskau den Anschein geben zu können, als seien sie die wahren Erben und zukünftigen Führer der ruhmreichen deutschen Arbeiterbewegung. Für einen ernsten Menschen und Politiker ist dieses ganze Spiel an sich gesehen eine politische Sausuberei, die aber als gleichzeitiger Kampf und durchsichtiges Bettelmandöver um den russischen Rubel für die hauptberuflichen Funktionäre der ganzen Aktion zu einer der nichtswürdigsten Lumpereien wird, die je mit der deutschen Arbeiterklasse getrieben wurden.

Das kommende Jahr wird zeigen, daß die Arbeiterklasse in ihrer überwältigenden Mehrheit nichts mehr wissen will von solchem Spiel. Was die Arbeiterschaft will, das ist die Sicherung ihrer bisher erworbenen Rechte und deren stetigen Ausbau, also praktische Arbeit und greifbare Erfolge. Wo haben jene Leute, die die Arbeit der Gewerkschaften des letzten Jahres verhöhnten und sie als Verräterpolitik bezeichnen, auch nur die Spur eines praktischen Erfolges aufzuzeigen? Nirgends! Und worin bestehen die Erfolge der Gewerkschaften? Nun: auch das vergangene Jahr ist vorbei, ohne daß die Arbeiterschaft dem von Karl Marx aufgestellten „unabänderlichen Gesetz der fortschreitenden Verelendung“ zum Opfer gefallen wäre! Alle Versuche der Unternehmer, die Arbeiterklasse auf diesen Weg in die wachsende Verelendung zurückzudrängen, sind an der geschlossenen Macht der Organisationen zerplatzt. Darüber hinaus wurden auf der ganzen Linie mit wenig Ausnahmen die Löhne erhöht und an vielen Stellen die Arbeitszeiten verkürzt. Nirgends ein Anzeichen, daß die Macht der Arbeiterschaft in ihren Organisationen gebrochen ist. Auch das neue Jahr wird den Beweis hierfür erbringen.

Das neue Jahr aber muß uns auch weiter aufwärts führen. Aufwärts streben in sozialem Ringen aber hat zur Vorbedingung:

Stärkung unserer organisatorischen Macht!

Unsere Erfolge sind eben abhängig von unserer Macht. Das ist so selbstverständlich, daß kaum noch etwas dazu gesagt zu werden braucht. Und doch wird das nicht von allen, ja nicht einmal von dem überwiegenden Teile der Arbeiter anerkannt. Wären sie sonst nicht bei uns in unseren Kampfreihen? Hier gilt es, Aufklärung zu schaffen und im neuen Jahre eine große Schar dieser Indifferenten für uns zu gewinnen. Auch hier begegnet man oft dem sinnlosen Einwurf, daß die Massen, die abseits stehen, kein Vertrauen in die Gewerkschaftsführung hätten, die keinen Klassenkampf zu führen verstände. Besonders die sogenannte Opposition treibt mit solchem Geschwätz negative Selbstbefriedigung in ihrer Stellung als selbstgefällige Kritiker.

Wäre es so, wie diese Leute behaupten, dann müßten doch jene „revolutionären Unorganisierten“ nun in Massen zu der „zusammengeschalteten revolutionären Gewerkschaftsopposition“ stoßen, um dort den Kampf unter wirklich „revolutionärer“ Führung aufzunehmen. Alle Vorbedingungen sind doch da: eine „gudisziplinierter revolutionäre Führergarnitur“, wie sich die kommunistischen hauptberuflichen Funktionäre nennen, neben einem „in klarer Erkenntnis der ideologischen und ökonomischen Bedingungen“ entworfenen Operationsplan. Also was fehlt denn da noch? Nun, eben die Massen, die Klassenkämpfer, die sich „von den Gewerkschaften abgewendet“ haben! Aber warum kommen sie nun nicht zu der „einzigen revolutionären“ Gruppe der Moskauer Filialleiter in Deutschland? Vielleicht bekommen wir von diesen selbst hierauf eine befriedigende Antwort.

Wir selbst sind bis dahin noch der Auffassung, daß die überwältigende Mehrheit der geschulten Gewerkschafter das frivole, nur auf egoistische Selbstbehauptung eingestellte Spiel jener politischen Wuschlepper durchschaut hat und daß das Gros der unorganisierten Arbeiterschaft eben den Sinn und den Wert des organisatorischen Zusammenschlusses überhaupt noch nicht erfaßt hat. Unermüdet müssen wir deshalb im neuen Jahre an ihrer Aufklärung und Gewinnung arbeiten und sie überzeugen, daß nur die Gewerkschaften in der Lage sind, den Arbeiter aus seiner unwürdigen sozialen Lage zu befreien und ihm die gleichberechtigte Mitwirkung in der Wirtschaft zu erkämpfen.

Gewiß, das sind Worte und Mahnungen, die sich immer wieder wiederholen und an sich nichts besonderes sagen können. Heute aber, gerade bei diesem Jahreswechsel, wiegen sie besonders schwer, da wir mit diesem Jahreswechsel auch vor einem drohenden Wechsel in der wirtschaftlichen Entwicklungsrichtung stehen. Die nächste Zukunft soll somit abgestellt werden auf den

Kampf zwischen Arbeitslohn und Profit.

Er wird geführt unter der Devise „Kapitalbildung in der Hand der Unternehmer“, was nichts anderes heißt als Steigerung des Profits. Die an sich nicht zu leugnende Tatsache, daß wir — rein volkswirtschaftlich gesehen — an Kapitalknappheit leiden, steigert nun die Gefahr, daß alle maßgeblichen Instanzen und die Öffentlichkeit sich zu der Parole des Unternehmertums bekennen, was den Kampf der Arbeiterschaft um bessere Bedingungen in der nächsten Zeit äußerst erschweren müßte. Hier kann nur ein geschlossenes Zusammenstehen der Arbeiter selbst die Gefahr abwenden.

Gerade hier ist besonders interessant, was der bekannte Professor Herberg über das Problem sagt. In einer Betrachtung des Sages: „Eigene Kapitalbildung (Steigerung des Profits — Verf.) ist das Gebot der Stunde“, fragt er: „Ist nicht die Sekung einer solchen Aufgabe vom Standpunkt der arbeitenden Menschen, der von dem Verkauf seiner Arbeitskraft leben muß, höchst bedenklich und gefährlich?“ Er hält die Frage der Kapitalbildung nicht für so bedeutsam, wie es allgemein hingestellt wird, weil der Bevölkerungsrückgang uns automatisch andere Probleme stellen wird. Er glaubt sogar, daß an Stelle des Schlagwortes „Volk ohne Raum“ das „Raum ohne Volk“ treten wird. Der Statistiker Herberg bringt zu diesem Problem eine Fülle interessanter Zahlen. Aus Raumgründen können wir selbstverständlich nur das Ergebnis mitteilen: In der Vorkriegszeit hätte der Bevölkerungszuwachs dem deutschen Arbeitsmarkt jährlich etwa 400 000 Arbeitskräfte neu zugeführt, im laufenden Jahre werden es nur noch 147 000 sein, 1930 gar nur 15 000, in den folgenden drei Jahren werde nicht mit einer Zunahme, sondern mit einem Rückgang um 100 000 zu rechnen sein, bis 1940 werde sich alsdann die jährliche Zunahme zwischen 100- bis 200 000 bewegen. Dieser abnehmende Zuwachs an Erwerbstätigen bedeute eine wesentliche Entlastung für den Kapitalmarkt.

Und die Zahl der Arbeitslosen? So fragt sich wohl jeder Leser selbst sofort. Wird es möglich sein, diese Arbeitslosen, begünstigt durch das Moment des Geburtenrückgangs, in die Wirtschaft wieder einzureihen? Ob das möglich ist, hängt ebenfalls wieder sehr stark von den Einflüssen ab, den die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen auf die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens auszuüben vermag. Also: wo wir hinschauen, zeigt es sich, daß wir nur auf unsere eigene Hilfe vertrauen können und der Erfolg nur von unserem Einflusse, also von unserer Stärke abhängig ist. Das neue Jahr wird diesbezüglich der Arbeiterschaft harte Lehren geben. Aber wir fürchten das Kommende nicht. Wir werden auch in Zukunft mit der derzeitigen Macht der Organisation alle Angriffs- und Verletzungsabsichten der Unternehmer abzuwehren wissen und darüber hinaus unsere Position im gleichen Verhältnis wie bisher verbessern.

Neujahrswünsche der Industriellen.

Als der Reichsverband der deutschen Industrie Mitte September in Düsseldorf tagte, wurde bereits beschlossen, in Berlin eine Sondertagung des Bundes Ende des Jahres abzuhalten, um namentlich zu dem Young-Plan Stellung zu nehmen. Zwar ist die Stellungnahme zur Reparationsfrage noch einmal zurückgestellt worden, dafür hat man sich aber mit anderen Problemen, die zurzeit im Vordergrund stehen, beschäftigt. Auch ist das erste zur Verhandlung stehende Thema „Wirtschaft und Sozialpolitik“ kein neues Problem, sondern auf jeder Tagung dieses Verbandes ausgiebig erörtert worden. Es waren nur immer neue Worte, also neuer Wein in alte Schläuche, die zur Anwendung gekommen sind. Über die letzte Tagung des Reichsverbandes hatte deshalb ein besonderes Gewicht, weil sie in eine Zeit fiel, wo zugleich die Finanzreform im Reichstag zur Sprache kam. Es wurde von diesen Herren sicher begrüßt, daß man Gelegenheit hatte, der Regierung in letzter Stunde tüchtig einhaken zu können. Deshalb ist auch auf der Berliner Tagung ziemlich viel aufgetragen worden.

Der kapitalistischen Wirtschaftsordnung soll die Zukunft gehören.

Der derzeitige Reichswirtschaftsminister, Dr. Moldenhauer, hatte zum erstenmal Gelegenheit, sich der Industrie vorzustellen. In seiner Begrüßungsrede stellte sich Dr. Moldenhauer auf den Standpunkt, daß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Aufschwung der deutschen und europäischen Wirtschaft der vergangenen Jahrhunderte zu danken sei und diese auch in der Zukunft noch große Aufgaben zu erfüllen habe. Er fügte dann allerdings hinzu, daß sich diese nur auf die Dauer halten kann, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zu gemeinsamer Arbeit die Hände reichen. Eine ziemlich leere Redewendung, die man immer und immer wieder bei derartigen Anlässen zu hören Gelegenheit hat. Auch sonst wurde der kapitalistischen Privatwirtschaft von fast allen Rednern ein Loblied gesungen. Wie könnte es auch anders sein!

Der erste Hauptredner des Tages, Müller-Derlinghausen, verbreitete sich über das Thema „Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Er sowohl wie Silberberg gingen von der letzten vorgelegten Denkschrift des Reichsverbandes aus: „Aufstieg oder Niedergang?“ Im Mittelpunkt dieses Vortrages stand das Problem „Kapitalbildung“. Müller redete von krisenhaften Erscheinungen, um im gleichen Atemzuge zu behaupten, daß im Jahre 1929 der Produktionsindex wichtiger Wirtschaftszweige und bis Mitte des Jahres der Gesamtindex über dem des ausgesprochenen Konjunkturjahres 1927 liegt. Umsätze, Löhne, Sparfahneinlagen, Ausfuhr usw. seien wesentlich höher als je zuvor. Das Jahr 1929 sei also nicht, wie dies regierungsfreudig gelehrt, als ein Notjahr anzusehen. Der Schlusssatz dieser Ausführungen bestand in folgendem: „Bei steigendem Lohn, steigender Staatslast, steigendem Zins und sinkender Rente wird der Punkt überschritten, wo die Erweiterung der Produktion noch einen Sinn hat.“ Weiter empfahl der Redner

nicht Aufbau, sondern Abbau des Produktionsapparates.

Herr Müller sagte zu diesem Thema u. a. folgendes: „Auf den Vorwurf eines rechtsorientierten Blattes, daß die Denkschrift des Reichsverbandes jeden aufbauenden Gedanken vermissen lasse, erwidere ich, daß die Wirtschaft vorläufig vom Aufbau genug hat, ihre Devise ist Abbau als Voraussetzung jeden späteren Aufbaues und deshalb beschränkt sie sich in der Hauptsache auf diese erste Aufgabe, anstatt sich der theoretischen Spekulation hinzugeben.“ Es ist nicht ganz klar, was mit dieser Redewendung gemeint ist. Aber denken kann man es sich, daß die Industrie eine scharfe Krise lieber sieht als einen systematisch vorgenommenen Aufbau. Ein Fatalismus, der in dem Be-

streben wurzelt, daß man das Heer der Arbeitslosen eher noch künstlich steigern soll, um noch besser Gelegenheit zu haben, gegen die Arbeiter und gegen die Regierung vorgehen zu können.

Im übrigen bewegte sich der Referent in dem kaum bekannten Fahrwasser. Er stellte die Behauptung auf, daß der heutige Staat ein Versorgungsstaat sei, der sich herausnehme, über 40 Prozent des gesamten Volkseinkommens zu verfügen. Bezüglich der Sozialpolitik waren keine neuen Gesichtspunkte zu entdecken. Abbau, Abbau aller sozialpolitischen Errungenschaften wurde zur unumgänglichen Parole gestempelt. So ist also grundsätzlich zu diesem Vortrage nichts anderes zu sagen, als daß er die bekannten Gründe der Industrieführer zusammenfaßt in den Ruf, mit allen Mitteln die eingeschlagene wirtschaftspolitische Richtung zu bekämpfen und den Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Hebung der sozialen Lage den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Der bekannte rheinisch-westfälische Industrielle Dr. Paul Silberberg knüpfte sich besonders die öffentliche Finanzwirtschaft vor. In seinem Vortrag „Steuer- und Finanzpolitik“ erweiterte er die bekannte Denkschrift des Reichsverbandes nach verschiedenen Richtungen. Die Erbschaftssteuer- und Finanzreform macht er für die Entwicklung in der öffentlichen Ausgabenwirtschaft voll verantwortlich. Auch er redete der Bildung von eigenem Kapital weitgehend das Wort. Die Steigerung des inländischen Konsums dürfe nur erfolgen, wenn diese Voraussetzung erfüllt sei. Als Beispiel, wie eine Verwaltungsreform durchgeführt werden könnte, wählte er die Alters- und Invalidenversicherung. Diese könne mit der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zusammengelegt werden, wodurch große Ersparnisse erzielt werden können. Im weiteren Verlauf seiner Rede trat Silberberg für eine Entlastung der bestehenden Klasse ein. Er befürwortete

hohe indirekte Steuern,

namentlich auf Tabak und alkoholische Getränke, um desto besser die direkten Steuern abbauen zu können. Silberberg ging in dieser Beziehung weit über die Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industrie hinaus. Dies mochte der Grund gewesen sein, daß der Vorsitzende, Geheimrat Duisberg, nach den Ausführungen Silberbergs sofort das Wort nahm, um zu erklären, daß innerhalb des Reichsverbandes keine einheitliche Linie bezüglich der stärkeren Belastung von Bier und Tabak usw. vorhanden sei. Dabei bekam man noch zu hören, daß weite Kreise der Industrie sogar eine Erhöhung der Umsatzsteuer wünschen, um auch diese Mehreinkünfte zu benutzen, die direkten Steuern abbauen zu können.

Besonders erwähnenswert war aus der Rede Silberbergs ein Vorschlag, für fünf Jahre eine Industrieabgabe in Höhe von 200 Millionen Mark beizubehalten, um die landwirtschaftlichen Betriebe zu finanzieren. Diese Summe von einer Milliarde Mark soll in die Bank für Industrieobligationen fließen und ohne Einwirkung der Regierung von der Industrie selbst verwaltet werden. Die Reichsbahn will Silberberg dadurch unterstützen, daß er einen Sonderfonds vorschlägt, in den drei Jahre hindurch je 300 Millionen Mark aus der Verkehrssteuer fließen. Die Reichsregierung soll dafür Vorkaufsaktien der Deutschen Reichsbahn erhalten. Natürlich soll dann auch die Reichsbahn über diesen Fonds frei verfügen können. Eine besondere Konstruktion will Silberberg mit der Errichtung einer Reichstreuhandgesellschaft treffen, in die die Befugnisse des Reiches eingebracht werden sollen. Diese Reichstreuhandgesellschaft soll Obligationen ausgeben, die im Inlandsmarkt untergebracht werden sollen. Im Bunde mit dem Reichsbankpräsidenten und ersten Finanzleuten des Landes soll ein Beirat geschaffen werden, der als beratendes Organ des Finanzministeriums für die gesamte deutsche Finanzwirtschaft fungiert.

Silberberg will eine formgerechte Finanzabklatur.

Er erweitert diesen Gedanken dahin, daß eine mit dem Verwaltungsrecht ausgestattete Finanzkontrollstelle eingerichtet und mit dem Beirat der Reichstreuhandgesellschaft vereinigt werden soll. Die Privatwirtschaft soll also unter einem Deckmantel die Herrschaft über das Finanzsystem der öffentlichen Körperschaften bestimmen können. Das wäre allerdings der Anfang vom Ende jeder demokratischen Politik. In der gleichen Richtung liegt der Vorschlag, für die öffentlichen Körperschaften grundsätzlich ausländische Anleihen zu verbieten und diese auf den inländischen Kapitalmarkt zu verweisen. Die ausländischen Kapitalmärkte sollen nur der Reichsbahn und der Privatwirtschaft offenstehen.

Die Tagung des Reichsverbandes ist ein Beweis dafür, mit welcher Schärfe die Privatwirtschaft ihre Interessen wahrzunehmen gewillt ist. Wenn man einer solchen Tagung beiwohnt, so hat man das Gefühl, als wenn außerhalb dieser Interessentkreise lebensfähige Faktoren der Volkswirtschaft nicht mehr vorhanden sind. Eine einseitigere Einstellung ist kaum denkbar. Man geht nur von den eigenen Interessen aus und mißachtet alles andere. Kein Wort hört man davon, daß die Hand- und Kopsarbeiter doch letzten Endes das wichtigste Glied jeder Volkswirtschaft darstellen. Man erfährt nichts von der großen Rolle, die ein ausnahmefähiger Inlandsmarkt spielt. Angesichts dessen bleibt der Arbeiterschaft nichts weiter übrig, als ebenfalls einseitige Interessenpolitik durch eine noch vollkommeneren Organisationsrüstung mit ganzer Schärfe zu führen.

Die blinde Gewerkschaftspresse.

Auf der Sondertagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie befaßte sich der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Duisberg, in seiner Eröffnungsrede auch mit der Gewerkschaftspresse. Er begrüßte mit „besonderer Freude“ die zahlreich erschienenen Herren Vertreter der Presse. Die Denkschrift des Reichsverbandes: „Aufstieg oder Niedergang?“ sei weitgehend besprochen und gewürdigt worden. Wörtlich erklärte Herr Duisberg: „Wir fürchten die Kritik nicht. Wir halten sie für Klärung der Lage dringend erforderlich.“ Im allgemeinen sei festzustellen, daß jetzt die Einsicht kommt. In diesem Zusammenhang führte Dr. Duisberg folgendes aus:

„Nur die Presse der Gewerkschaften steht den Vorgängen in der Wirtschaft blind gegenüber, huldigt immer noch der verhängnisvollen Irrlehre, daß das, was vielleicht in dem autarkischen (sich selbst genügenden) Amerika richtig, auch bei uns in Deutschland, in dem die Verhältnisse ganz anders gelagert sind, Gültigkeit habe: daß nämlich steigende Löhne höheren Absatz und damit verbundene Produktionsförderung mit sinkenden Einstandspreisen zur Folge haben. Man höhnt uns sogar, daß wir — man höre und staune! — die Freiheit, wie man sagt, haben, eine Rentabilität unserer Arbeit und damit verbunden die Bildung von Eigenkapital für Wirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft verlangen. (Was für ein Deutsch!) Man hält dies für krassen Egoismus und Rückfall in die abgetane Individualwirtschaft.“

Die Gewerkschaftspresse hat also bei dem Allgewaltigen des Reichsverbandes nicht die günstigste Junktur wie die Tagespresse erhalten. Damit müssen wir uns abfinden: Aber wenn Herr Duisberg die öffentliche Kritik nicht fürchtet, warum regt er sich dann derartig auf? Herr Duisberg muß uns schon gestatten, daß auch die Gewerkschaftspresse ihre eigene Meinung hat und die Dinge anders sieht, als sie von der Königin-Augusta-Straße 88 aus gesehen werden. Die Schaumacherer und die übertriebene Schwarzmalerei können die Gewerkschaften nicht mitmachen, sondern müssen sie gebührend kennzeichnen. Wir sind immer noch der Ansicht, daß hohe Reallohn steigenden Absatz bedeuten. Wäre die Wirtschaft in Deutschland allein nach den Wünschen der Industriellen in den letzten Jahren verlaufen, dann wäre dieser Aufstieg, der immerhin eingetreten ist, nicht zu verzeichnen gewesen. Auch in Zukunft wird die Gewerkschaftspresse das sagen, was sie für richtig hält und was uns im Interesse der Hand- und Kopsarbeiter geboten erscheint.

Die Korruption in der öffentlichen Wirtschaft.

Die Angriffe des privaten Kapitals auf die öffentliche Wirtschaft, gegen die „alte Sozialisierung“ treten in letzter Zeit stets häufiger und stärker in Erscheinung. Den Anlaß zu den Angriffen gibt in Wirklichkeit die Finanzreform. Die Propaganda für die Erleichterung der Steuerlasten der privaten Unternehmer und die Beschränkung der Staatsausgaben wird zweckmäßigerweise verbunden mit dem Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft. Die Korruptionsaffären der letzten Zeit geben einen willkommenen Vorwand und scheinen neue Waffen den Gegnern der öffentlichen Hand zu liefern. Die alten sind sowieso ziemlich verrostet. Man führt zwar den Kampf für die private und gegen die öffentliche Wirtschaft auch mit den alten Argumenten, die aber immer weniger verklingen. Man redet immer noch davon, daß der private Unternehmer das Risiko für den Erfolg seines Unternehmens trägt, während der öffentliche Beamte unter allen Umständen beschützt. Man bedient sich des Arguments, daß allein der private Unternehmer Initiative entwickeln könne, während der Beamte der öffentlichen Wirtschaft daran mangele. Man behauptet weiter, daß die private Wirtschaft frei beweglich, die öffentliche dagegen schwerfällig und bürokratisch ist. Diese Argumente verlieren aber um so mehr an Gewicht, je mehr die Wirtschaft von Großbetrieben, Großbanken und Kartellen beherrscht ist, je mehr industrielle Gigantismus im Lande entsteht. Jeder, der offenen Auges die Wirtschaft beobachtet, kann sehen, wie sehr

die Kartelle oder andere Monopolorganisationen

das Risiko des privaten Unternehmens ausgeben, indem sie dem privaten Kapital Zoll- und Monopolprivilegien zusprechen. In den vorwiegend kapitalistischen Dynastien, welche an der Spitze der Großbetriebe stehen, erfolgt die Auswahl der Wirtschaftsführer nicht nach ihren Fähigkeiten, sondern nach ihrem Vermögen, ihrer Geburt und ihren Beziehungen. Nichts verbürgt, daß sie geschäftstüchtiger sind als jene spöttlich erwähnten „Geheimräte“, die an der Spitze öffentlicher Unternehmungen stehen, oder aber die Leiter der genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, die sich von unten emporgearbeitet haben. Was aber der Bürokratismus anbetrifft, so haben die Großunternehmungen ganz häufig denselben bürokratischen Verwaltungsapparat wie die öffentliche Hand. Bei ihnen können die Unzulänglichkeiten einer bürokratischen Verwaltung durch organisatorische Maßnahmen, welche der Geschäftstätigkeit begünstigend und freier gestalten, ebenso (oder ebensovornehmig) behoben werden, wie bei der öffentlichen Wirtschaft. Da auch die praktischen Erfolge der öffentlichen Wirtschaft zur Entlastung jener theoretischen Klam-

mente beitragen, so haben sie keine überzeugende Kraft mehr, mögen sie noch so oft vom privaten Kapital und der in seinem Dienst stehenden Presse vorgebracht werden. Deshalb ist es ihnen so außerordentlich willkommen, daß die Korruptionsangelegenheiten, die bei Unternehmungen der öffentlichen Hand in letzter Zeit vorkamen, ihnen neue Waffen zu ihrem Vorstoß in die Hand geben.

Nichts liegt uns ferner, als die Korruptionsaffären in der öffentlichen Wirtschaft zu beschönigen. Vielmehr ist es für die Befreiung der öffentlichen Wirtschaft erforderlich, daß ihre Anhänger Korruptionsbeweisungen in aller Offenheit aufdecken und bekämpfen, die Beweislagen ohne Rücksicht verfolgen, gleichzeitig aber solchen Vorkommnissen vorbeugen, indem sie dahin wirken, daß die Kontrolle verschärft und

die Verantwortlichkeit der Leiter von öffentlichen Anstalten

erhöht wird. Während die Gegner der öffentlichen Wirtschaft jene Verfehlungen mit schlecht verhüllter Freude und Genugtuung ansahen, weil sie Wasser auf ihre Mühlen sind, muß die Bekämpfung der Korruption in der öffentlichen Wirtschaft gerade von ihren Anhängern mit der größten Energie erfolgen. Diese Forderung, die im übrigen eine Selbstverständlichkeit ist, soll uns aber nicht daran hindern, das Korruptionsproblem in seiner Beziehung zur privaten Wirtschaft vor die Augen zu führen. Zunächst stellen sich zwei Fragen: einmal, wie beeinflusst die private Wirtschaft die Korruption der öffentlichen Wirtschaft, zum anderen, in welchen Formen blüht die Korruption in der privaten Wirtschaft selbst?

Das Bezeichnende an der Korruption in der öffentlichen Wirtschaft ist nämlich, daß ihr Vorhandensein unmisslich veranschlagt ist mit der privaten Wirtschaft. Um einen Direktor der Berliner Stadtbank mit Geldüberhebungen oder Geschenken zu bestechen, dazu ist ein Privatunternehmer erforderlich, der aus Profitstreben jene Angelegenheiten der Stadtbank in Versuchung führt. Die Angestellten wurden der passiven Bestechung schuldig, die aktive Bestechung durch Geld oder andere Zuwendungen liegt auf Seiten des privaten Unternehmers, der in dem einen Fall Skandal heißt, im anderen Fall einen bis zum Ausbruch eines Skandals in der Geschäftswelt sehr geachteten Namen führen mag. Man könnte sich eine Korruption größeren Umfangs kaum vorstellen, wenn nicht private Unternehmer da wären, die ein Profitinteresse an der Bestechung haben.

Eine andere Form der verhehlten Korruption

In der öffentlichen Wirtschaft kommt dadurch zustande, daß in den Verwaltungsorganen der öffentlichen Wirtschaft sehr häufig Vertreter der privaten Wirtschaft sitzen, die dort nicht das allgemeine volkswirtschaftliche, sondern ihr Sonderinteresse im engeren oder weiteren Sinne betreiben. Sie sind

häufig in der Lage, Bestellungen zu erwirken, die im Augenblick überflüssig oder zu teuer sind, oder solche, die sie selbst und die mit ihnen befreundeten Firmen bevorzugen. Wenn es sich um öffentliche Banken handelt, so wenden an Firmen, die im Aufsichtsrat der öffentlichen Banken sitzen oder mit ihnen befreundet sind, Kredite gewährt, häufig in einem Umfang, der sonst unter keinen Umständen verantwortet werden könnte. Wie oft hörten wir z. B. berechtigter Klagen in bezug auf die Bestellungen der Reichsbahn, in deren Verwaltung Großunternehmer sitzen. Erst in den letzten Tagen wurden große Verluste der Württemberger Landesbank, einer öffentlichen Bank, bekannt, die davon herrührten, daß die Bank gewaltige Kredite, etwa ein Drittel ihrer sämtlichen Ausleihungen, an eine einzige Firma gab, die im Aufsichtsrat einen großen Einfluß hatte. In Wirklichkeit handelt es sich auch in diesem Falle um eine Korruption, ohne daß jemand mit Geld bestochen werden mußte (im Gegenteil erhalten noch die kapitalistischen Aufsichtsräte hohe Kantinen von der öffentlichen Hand). Es versteht sich, daß jene Fälle von einer kapitalistisch beeinflussten Öffentlichkeit genöthigt nicht als Korruption angesehen werden, oder nur dann, wenn es zum Zusammenbruch kommt. So liegt auch hier eine Quelle der Korruption der öffentlichen Wirtschaft vor, die vom privaten Kapital genährt wird. Es lohnt sich aber auch, in

die Wertfällen des privaten Kapitals

einen Blick zu werfen. Wie es dort um die Korruption bestellt ist? Man kann ohne Übertreibung sagen, daß dort die Korruption in den mannigfaltigsten Formen auf der Tagesordnung steht, angefangen von den gelblichen Bestechungen der Geschäftsleiter oder Direktoren, die um Bestellungen zu verbergen, von Bestenvarienfirmen Unternehmungen erhalten, bis zu den höchst vornehmen Formen der Bestechung. Eine solche vornehme, allgemeine geachtete Form der Korruption kann z. B. darin bestehen, daß die Großunternehmungen oder Großbanken Direktoren anderer Unternehmungen in ihren Aufsichtsrat wählen, um jene Unternehmen als Kunden zu gewinnen. Der Direktor wird durch die Aufsichtsratsantizipation (häufig auch durch Beteiligung an Gewinnbringenden Konzernen) persönlich bereichert, das Unternehmen selbst wird unter Umständen geschädigt. Auch weiß man nur zu gut, daß die Kreditgewährung der Banken, diese so wichtige volkswirtschaftliche Funktion, sich nur allzu häufig nicht nach volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern nach den guten Verbindungen, die häufig den Charakter der Korruption tragen, erfolgt. Schon die letztere Bemerkung weist darauf hin, daß die häufig gehörte Behauptung,

die Korruption in der privaten Wirtschaft

schädige allein das betreffende Unternehmen oder seine Aktionäre, die Korruption in der öffentlichen Wirtschaft dagegen die Gesamt-

Vertagter Kampf.

Am 14. Dezember kam nach langen, weisenhaften Verhandlungen im Reichstag ein faules Kompromiß zustande, das nichts weiter bedeutet als eine

Vertagung der Krise um einige Monate.

Die Regierungsparteien einigten sich auf folgende Formel: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und vertraut darauf, daß das Finanzreformprogramm, vorbehaltlich der endgültigen Gestaltung des Gesetzes im einzelnen, in Wahrung der von der Reichsregierung bekanntgegebenen Grundzüge dieser Finanzreform durchgeführt wird. Der Reichstag spricht der Reichsregierung für ihre Gesamtpolitik das Vertrauen aus.“

Mit 222 gegen 156 Stimmen wurde dies Vertrauensvotum angenommen. Die Bayerische Volkspartei enthielt sich der Stimme. Von der Deutschen Volkspartei stimmten 24 für und 14 gegen das Votum. Von den Sozialdemokraten fehlten 26, von denen die Mehrzahl dem Votum nicht zustimmen wollte. Die große Mehrheit dieser Fraktion stimmte für das Votum, um die Regierung zu sichern, daß sie die Kassenverhältnisse zum Jahresende überwinden und zur Schlußkonferenz im Januar zum Haag gehen kann. Eine Bindung an die Einzelheiten des Finanzprogramms bedeutet diese Zustimmung nicht, wie Breitscheid im Reichstag und sehr deutlich der „Vorwärts“ auseinandersetzt. Man sah aber keine andere Möglichkeit, die Regierung am Leben zu erhalten, und aus dem erwähnten innen- wie außenpolitischen Gründen wollte man jetzt keine Regierungskrise, keine Reichstagsauflösung.

Der Endkampf ist bis zum Februar-März vertagt, dann wird es menschlichem Ermessen nach nicht ohne Krise abgehen.

Die kapitalistischen Parteien haben ganz klar gesagt, was sie wollen. Japp, der Unterhändler der Volkspartei, erklärte offen, daß seine Partei im Zusammenhang mit der Finanzreform

den Abbau der Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung

wolle. Der Schwindelfeldzug der kapitalistischen Presse um die Arbeitslosenversicherung wird also aufs neue losgehen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ macht schon den Anfang. Zu der Rundgebung, die W.D.G. und A.L.-Bund zur Finanzreform erließen, schreibt die „Bergwerks-Zeitung“ u. a.:

„Man sieht, wohin sozialpolitische Verböhrtheit führen kann. An dem einzigen Beispiel unserer Arbeitslosenversicherung, die die größtenteils das ganze Kassenleben des Reichs verschuldet und den unmittelbaren Anstoß zur sogenannten Reform gegeben hat, würde schon zu lernen sein, wie unsinnig sie ist.“

Ein paar Zahlen können diesen Schwindel illustrieren: In der Reichstagsdebatte vom 14. Dez. setzte der Reichsfinanzminister Silberding die Kassenlage des Reichs auseinander. Danach hat die jetzige Regierung

von der früheren bürgerlichen Regierung ein Defizit von fast anderthalb Milliarden Mark übernommen!

Zu dem 1928 vorhandenen Defizit von 1000 Millionen kamen 155 Millionen Defizit aus dem Etat 1928, 200 Millionen Restverringerung aus 1928, 100 Millionen aus 1929 sowie 260 Millionen Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung infolge des katastrophalen Winters 1928/29.

Man sieht also, ein wie „großer Teil“ der Schuld auf die Arbeitslosenunterstützung abzuwälzen ist.

Bei einem Reichskassendefizit von 1700 Millionen Mark zuerst nach Steuerentlastung zu streuen, ist kompletter Wahnsinn!

Erstens sollte man die Kassenverhältnisse des Reichs in Ordnung bringen!

Zweitens müssen die absolut notwendigen Sozialausgaben festgesetzt und gesichert werden und erst dann sollte man sich über neue Steuern unterhalten. Aber dies Defizit soll durch Zumb beseitigt werden, 500 Millionen durch die Zündholzleihe, 1 bis 500 Millionen durch eine andere neue Reichsanleihe, 500 Millionen durch Reichsäckelwechsel.

Die Unternehmer wollen nur „Finanzreform“, die Reich, Länder und Gemeinden möglichst finanzschwach und

das Großkapital stark macht!

Deshalb ihr Kampf gegen die öffentliche Hand, gegen den sozialen Staat, gegen die Sozialpolitik! Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei veröffentlichte nach der Abstimmung im Reichstag die folgende Entschliebung:

„Der Zentralvorstand stellt fest, daß das Vertrauen zu der Geschäftsführung des Reichsfinanzministeriums im Lande aufs schwerste erschüttert ist. Er hat daher bei aller Anerkennung der gewichtigen Gründe, die für eine Vermeidung der Krise zum jetzigen Zeitpunkt sprachen, Verständnis für die Bedenken, die verschiedene Mitglieder der Reichstagsfraktion veranlaßt haben, dem Programm der Regierung ihre Billigung zu verweigern. Der Zentralvorstand ist nach eingehender Aussprache zu der einmütigen Auffassung gelangt, daß die heute der Reichsregierung ausgesprochene Billigung von der Partei nur dann verantwortet werden kann, wenn die vollständige Durchführung des Finanzprogramms nicht nur besprochen, sondern mit jedem parlamentarischen Mittel verfolgt wird. Der Zentralvorstand hält an der Forderung einer sachlichen Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung fest. Im Kampf für dieses Ziel vertritt er die Fraktion seiner vollen Zustimmung und Unterstützung.“

Man sieht, der Kampf ist nur vertagt. In seinem Endausgang in einigen Monaten sind die Gewerkschaften aufs stärkste interessiert und sie werden

alles daran setzen müssen, diesen Kampf zu einem für die breiten Volksmassen erträglichen Ende zu führen!

Ende einem Trümmerhaufen. Jetzt witterte das Bürgertum Luft. Der rechte Zeitpunkt war für es gekommen. Daraus aus den Mausefängern! lautete seine Parole. Zu befrachten hatte es ja nichts mehr, war ihm doch Tor und Weg durch das radikale Element geöffnet worden. Wie gewisslos jene Leute an der Masse gehandelt haben, weiß jeder. Alle ihre Forderungen lehrten sich ins Gegenteil. Aus der „Diktatur der Arbeiter und Bauern“ wurde die formale Diktatur der Großindustriellen und der Dandjurker. Ich betone: eine formale! Denn der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ist es nicht zu einer absoluten Diktatur dieser Leute gekommen. Wer es bezweifeln will, den verweise ich auf alle die Unternehmertagungen, wo man stets von der „Gewerkschaftsdiktatur“ spricht, sei es in Wirtschaft, sei es im Etat. Erklärte sich doch ein Syndikus, mal zu sagen: „Das Aredmächtigste ist, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, 200 Gewerkschaftsführer am Galgen aufzuhängen.“ Das beweist, daß die Gewerkschaften es verschieben, ihre Macht für die Arbeiter und gegen die Unternehmer anzuwenden. Ich gebe zu, daß der Weg bis zur Vollenbung noch weit ist. Aber sind die russischen Gewerkschaften im Gegensatz zu den unsrigen nicht zu einem gefügigen Werkzeuge des Staates herabgesunken? So schwierig aller Aufbau ist, so muß doch heute mehr als je die Parole heißen: Uns Werk! Die Millionen der Abwegigen müssen wieder gewonnen werden!

Das Bürgertum nutzte die Zeit für sich aus. Kann doch daselbe auch schließlich ohne die Masse nicht leben. So erfolgten auch dort korporative Neugründungen, so zum Beispiel: „Stadthelm“, „Deutscher Arbeiter“ „Bergvereine“ usw. Ein Teil der enttäuschten Arbeiter, in gutem Glauben, hort sein Heil zu finden, schloß sich an. „Doch wenige sind dazu auserwählt“, so heißt ein Bibelvers. So auch dort. Hierzu einige wahre Begebenheiten:

Eine Kameradschaft hatte mehrere Monate hindurch nichts verdient. Sie wandte sich an den Betriebsführer mit der Bitte, die Arbeit mal zu befahren. In solchen Fällen hat der Betriebsführer immer „Eile mit Weile“. Doch nach längerer Zeit kam er. Ein Arbeiter erjuchte nun den Betriebsführer, weil sich die Verhältnisse noch nicht geändert hatten, das Gedinge zu erhöhen. Aber weit gefehlt. Da der Betriebsführer in Begleitung des Fahrleiters war, sagte er: „Hören Sie mal, Herr Fahrleiter, der Mann will sich mit uns unterhalten.“ Alle drei, Betriebsführer, Fahrleiter und Arbeiter, waren Vereinsgenossen des Städtelans! Der Arbeiter war geschlagen. Wie konnte ein Mensch nur so herzoslos sein? Daß diese Leute nur eine „Geschäftsecke“ haben, war ihm wohl noch nicht bekannt. Weiter: Der sogenannte „Deutscher Arbeiter“ (Weibe) rührte sich bei der letzten Betriebsratssitzung, der alleinige Interessenvertreter der Belegschaft zu sein. Doch hören wir: Die Lampe eines Arbeiters, Angehörigen des „Deutschen Arbeiters“, wurde unverschuldeterweise beschlagnahmt. Nachdem er mit dem Betriebsführer nicht übereingekommen war, wandte er sich an seinen Vertrauensmann. Statt für den Mann einzutreten, versuchte dieser, dem Mann seine Schuld zu beweisen. Sehr enttäuscht über das Verhalten des Vertrauensmannes sagte er: „So werde ich kagen!“ Aber aus der ganzen Geschichte wurde nichts. Der Oberbanze brachte es fertig, ihm einzureden, daß das ein nutzloses Beginnen sei. Die Fische mußte der Mann bezähnen. So sieht die „alleinige Interessenvertretung“ des „Deutschen Arbeiters“ aus! Eines Tages wurde der Arbeiterrat zusammengerufen, um gegen eine frühe Entlassung Stellung zu nehmen. Nach der Prüfung des Falles kam der Arbeiterrat zu dem Ergebnis, daß der Mann zu Unrecht entlassen sei. Dar der „Deutsche Arbeiter“ stellte sich auf den Standpunkt der Unternehmer. Kommentar wohl überflüssig. Sie handeln immer getreu ihren Grundfäden: „Wir haben die heiligste Pflicht, die Zwangsbürg der Unternehmung vor Erschütterungen zu wahren; der Beschäftigte darf nicht gefährdet werden!“ Warum nicht? Bekommen sie doch Gesundheitsanwendungen aller Art. Damit kann die Führerclique auf breiten Füßen stolzieren. Das Unternehmertum weiß schon, was es tut. Die zwei Millionen des städtelischen Brauntohlenindustriats bringen für sie doppelten Nutzen ein. Und wo bleibt ihr als Arbeitermitglieder dieser Gebilde? Schindern und schuften ist euer Los, wie auch eurer anderen Brüder, die mit euch täglich Not und Gefahr teilen und in den Gewerkschaften einen wirklichen Kampf um Besserung ihrer Lage kämpfen. Davum wendet euch ab. Euer Heil ist in jenen Kreisen nicht zu suchen. Reßt euch in die Front der kampferprobten freien Gewerkschaften ein. Sie sind die Befreier aus den Sklavenketten.

Trete darum auch du ein für diese gerechte Menschheitsfackel. Kampf ist der Vater aller Dinge. Tue es, erst dann bist du ein ganzer Mann!

H.

Auf irrendem Pfad.

Krieg und Revolution haben in der Masse wie ein Orkan gewirkt. Von den ehemaligen Regenten und dem Drumm und Dran des Obrigkeitstaates fühlten sie sich belogen und betrogen. Nicht allein der Arbeiter, selbst Millionen von Beamten, Angestellten und ehrbaren Spielbürgern verließen fluchtartig die alte Fahne, der sie auf Leben und Tod Treue geschworen hatten. So standen sie nun da, innerlich vollständig zerrüttet. Und in ihrer größten Not wandten sie sich der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften zu, damit ihnen geholfen wurde. Ihr Herz war voller Wünsche und Verlangen. Das „Woher-nehmen“ wurde nicht gepörrt. Daran, daß der Krieg das Barvermögen eines Volkes verschlungen hatte, dachten die wenigsten. Das Los der damaligen Regierungsmänner war kein leichtes. So hieß es, mit dem wenig vorhandenen zu wirtschaften und sehr zu sparen, damit die höchsten Klippen überwunden wurden. Unzufriedenheit

und Mißmut machte sich in der Masse breit. Aus dem „Sofiana“ wurde ein „Kreuzigt ihn“. So entstanden neue Messiasse in der Masse. Ihre Lehre lautete: „Wenn ihr auf unsere Fahne schwört, so habt ihr über Nacht das Paradies der Glückseligkeit.“

Toren hat es zu allen Zeiten gegeben; so auch damals. Alle ihre Versuche und Anstrengungen sind gescheitert an der Mauer der ehernen Tatsache. Die Folge ihres wahnwitzigen Beginns war, daß die Massen nun vollständig den Glauben an das Neugründen auf Neugründung erfolgte. Der eine wollte noch revolutionärer, radikaler als der andere sein. Wer konnte sich noch aus in dem damaligen Unionsgewimmel? Keiner! Doch lange Freude haben diese Volksverberber nicht gehabt. Fluchtartig verließ die Masse auch jenes Lager. Wissen wir doch, daß bei der damaligen Verschmelzung mit der Union nur einige Tausend übriggeblieben waren. Aber auch von denen wart nach einiger Zeit über die Hälfte die Flinte ins Korn. So sah die „revolutionäre“ Garde in Nachkultur aus! Ihr Kampffeld gleich am

heit der Steuerzahler, nicht stichhaltig ist. Von den Fällen, bei denen private Großunternehmungen und Großbanken infolge von Mißbräuchen ihrer Leiter zusammenbrechen und dann mit Rücksicht auf die großen allgemeinen Interessen, die sich an das Weiterbestehen des Unternehmens knüpfen, vom Staat aus Steuernmitteln auf die Weine gestellt werden, wollen wir gar nicht reden. Indessen werden durch jene Korruption und Mißwirtschaft des privaten Kapitals nicht allein das private Unternehmen und deren Aktionäre geschädigt, sondern in sehr häufigen Fällen auch Arbeiter und Angestellte, darüber hinaus aber die ganze Volkswirtschaft. Die Korruption in der Privatwirtschaft verhilft den Direktoren zu größeren Einkommen und vermehrtem Luxuskonsum, es werden aber, volkswirtschaftlich gesehen, weniger Werte geschaffen, ja, es werden — bei Zusammenbrüchen infolge dieser Mißwirtschaft — volkswirtschaftliche Werte vernichtet. Auch für die Lohn- und Gehaltsfragen ist die privatwirtschaftliche Korruption nicht gleichgültig. Wenn man noch hinzusetzt, daß in der Privatwirtschaft die Gelegenheiten zur Korruption viel häufiger sind als bei der öffentlichen Hand, da sie bei der letzteren überwiegend nur in der brutalen Form der Bestechung erfolgen kann, während sie sich in der Privatwirtschaft in fast eingebürgerten, ehrbaren Formen vollziehen kann, so zeigt sich deutlich genug, daß das private Kapital wenig Berechtigung hat, der öffentlichen Hand Sünden vorzumerzen, die es Tag für Tag in größtem Umfang selbst verübt.

Um auf die Frage der Korruption bei der öffentlichen Hand in ihrer Beziehung zur Privatwirtschaft zurückzukommen, so liegt das Problem darin, daß die öffentliche Wirtschaft nicht nur, wie das private Kapital wehmütig feststellt, einen Keil in die Privatwirtschaft treibt, sondern, von der anderen Seite her gesehen, die öffentliche Wirtschaft selbst zwischen private Unternehmungen eingedrückt ist. Daraus ergeben sich die größten Schwierigkeiten, unter andern auch das Problem der Korruption. In je größeren Bezirken die öffentliche Wirtschaft Fuß fassen kann, um so mehr wird — eine verstärkte demokratische Kontrolle der öffentlichen Organe vorausgesetzt — der Spielraum auch für die Korruption eingeengt. Ein Grund mehr für die Forderung, daß die volkswirtschaftlich nötige Kapitalbildung zugunsten der Kapitalbildung bei der öffentlichen Hand erfolge.

Gedruckt Geist zu naschen
Kann man sich schwer entschließen,
Gebranntes zu genießen,
Entleert man froh die Tischen.
Ja, wären Bücher Flaschen!

Simplificismus.

Bildung?

Kameraden! Es ist euch doch bekannt, daß man an gewissen Stellen von der gesamten Bergarbeiterchaft in bezug auf Bildung und Wissen nicht besonders hoch denkt. Daß wir dabei sind, das, was gewisse Berufsstände bisher in Erbpacht genommen hatten, uns zu erringen und zu erkämpfen — das wissen diese Leute auch ganz gut und fürchten mit Recht einen Erfolg unserer Bemühungen. Daß aber vorgesezte Beamte nun auch der Meinung sind, gebildeter zu sein und eine große Portion mehr Wissen zu besitzen als wir und sich einbilden, dem Kumpel das Recht abzusprechen zu können, auch über Verhältnisse zu reden, die nicht gerade den Mütt berühren — das ist doch interessant, nicht wahr? Ja, es gibt solche ufligen Nummern. Hört euch einmal ein Zwiegespräch an, das zwei Vertreter der Gattung Fahrsteiger mit einem Kumpel vor seiner Arbeit führten.

Nach der kurzen üblichen Begrüßung geht da einer von beiden auf sein Ziel los. Der Kumpel, den er nach Jahren hier zum ersten Male wiedertrifft, ist ihm als „roter Verbändler“ bekannt. Er kann seinen Grimm nicht verwinden, daß er von dem jüngeren Kumpel schon so oft gezwungen wurde, sich seine Sache etwas näher zu befehen. Jetzt möchte er gern Rache nehmen. Das Wort „große Schmauze“ fällt natürlich auch dabei und der andere Beamte ist gern bereit, dem einen zu bestätigen, daß der Kumpel diese „große Schmauze“ noch immer habe. Der Kumpel wehrt sich gegen diesen Ausdruck mit Recht und zeigt ihnen, daß „große Schmauze“ haben etwas anderes ist, als sein Recht zu verteidigen und andere Ansichten zu entwickeln. Jetzt sind sie im schönsten Zuge. Von „Christentum“ und „Christ sein“ fließt ihnen der Mund über und sie bedauern das Fehlen der Frömmigkeit bei dem Kumpel sehr. Der aber, nicht faul, sagt ihnen, daß man sich die Arbeit teile; er überlasse dem Herrn Fahrsteiger das Reden davon und bemühe sich mit seinem Kumpel mehr um die praktische Seite der Sache.

Jetzt geht es ins Lange und Breite in die hohe Politik hinein. Freimaurer und Juden, auch Sozialdemokraten, sind die Schwedegeseniter, die an allem Unheil schuld sind. Mit Leichtigkeit zeigt ihnen der Kumpel, wie dumme sie in dieser Sache sind. Nach langem Hin und Her pläzt nun der eine heraus: „Sind wir denn der Meinung, daß einer, der nichts anderes tut als Kohle hauen, sich herausnehmen darf, über Probleme zu reden, wo andere ältere Leute sich tot darüber grübeln? Ich glaube doch, daß Sie dazu zu ungebildet sind und ein bißchen zu wenig Wissen besitzen.“

Der Kumpel lächelt: „Ich verstehe ganz gut Ihren Warger darüber, daß es Kumpels gibt, die ein wenig weiter denken als Ihre Nase reicht. Aber sagen Sie mal, Sie reden doch auch über solche Fragen jetzt gerade hier, was soll ich da von Ihnen denken?“

Der Herr Fahrsteiger begehrt auf: „Ja, erlauben Sie mal, ich bin doch durch den Besuch der Bergvorschule und der Bergschule in Bochum in den Stand gesetzt, mir Bildung und Wissen genügend anzueignen. Sie dagegen hören sich Vorträge in Ihrem roten Verband an, bescheiden vielleicht einen Lehrgang der Volkshochschule, und so wollen Sie von da ein umfassendes Wissen sich holen und sich einbilden, Sie wären kompetent, um über alle möglichen Fragen zu reden?“

Der Kumpel: „Bitte, sagen Sie mir, welche Gebiete des Wissens Ihnen nun auf der Bergschule sich erschlossen haben?“

Der Fahrsteiger: „Na, kennen Sie etwas von Mathematik, von Chemie, von den Gesetzen der Mechanik, Bergbaukunde?“

Der Kumpel: „Nun, wenn mich das interessierte, eine reichhaltige Literatur über diese Frage ist doch wohl vorhanden, und das, was ich zu wissen wünsche, könnte ich mir doch wohl erlesen. Ich bin aber der Meinung, daß dieses Wissen — das heißt: Ihr Wissen — doch nur Fachwissen ist und Sie in den Stand setzt, Fahrsteiger zu sein. Das reicht aber doch nicht aus, um nur den Kumpels als Autorität auf jedem anderen Gebiete des Wissens gelten zu wollen. Nein, beileibe nicht! Wer das sein will, der muß schon über eine große Portion Allgemeinwissen verfügen. Und das allein genügt nicht, wäre hohles Wortgelingen. Dazu muß ein guter Zug Herzensbildung kommen, dann kann man von Bildung und Wissen bei einem Manne reden. Denn der Tätigkeit meines Verbandes in bezug auf Bildung sind unsere Kumpels bestimmt in der Lage, mit Ihnen zu konkurrieren. Und dann noch eins: es ist keine Seltenheit, daß eine ganze Menge Ihrer Kollegen auch das Fachwissen von der Bergschule nicht intus haben und nur irgendein günstiger Umstand ihnen zur Beamtenlaufbahn verholfen hat. Und da wird dann die nötige Bildung durch eine andere ersetzt, und zwar durch die Einbildung!“

Der Fahrsteiger: „Nun, ich höre schon, in Ihrem roten Verband werdet ihr ja tüchtig aufgehört gegen uns ungebildete Beamte. Das ist ja unerhör!“

Der Kumpel: „Jetzt beweisen Sie schon Ihre Unbildung. Jemand, der so wie Sie sich was auf seine Bildung zugute tut, der sollte sich ruhig mal mit dem Verband beschäftigen. Ueber die Ursachen seiner Gründung, seines Zweckes, über seine Arbeit, auch über seine Arbeit in bezug auf das Bildungswesen — er würde bestimmt sein Wissen bereichern und einsehen, daß im Verband eine Kraft heranwächst, die in der Lage sein wird, alle Wissenden und Gebildeten in den Reihen Ihrer Kollegen zu ersetzen, das heißt, wenn Ihr Wissen und Ihre Bildung Fachwissen bleibt. Glückauf!“

Ganz veräppelt gegen die beiden ab: „Ja, ja, es ist schon mal mit der Bildung, nicht wahr, Kumpels?“

Max Heiland.

Haus und Leben

Feier der Zeit — Feier des Menschen.

Die Zeit rinnt dahin. Ein Jahr steht nach dem anderen in das Meer des Gewesenen. Und fragend und sorgend blickt wir beim Jahreswechsel in das neue Jahr. Wie wird es werden? Was wird die Zeit mit uns machen? Klein und hilflos stehen wir vor dem Kolosse Zeit, der da rollt und rollt. Ueber uns hinweg? Uns zermalmend?

Wie ohnmächtig ist der Mensch noch zum großen Geschehen! Ein Spielball des Zufalls ist er noch, und hoffend auf Glück begehrt er den Jahreswechsel. Genau so wie Generationen vor uns, wie Menschen aller Jahrhunderte es getan.

Und doch müßte der Mensch dieser Zeit auch diesen Jahreswechsel in neuem, anderen Geiste feiern. Nein, nur nicht der Spielball der Zeit, denn wir sind die Zeit. Nur Menschen sind Zeit zu tragen berufen. Koloss, halte an! Laß dich führen, und rolle den Weg, den wir dir bestimmen! Silvester ist Feier der Zeit, ist Feier der großen Geschichte. Zeit muß Inhalt haben und Sinn. Und den geben wir.

Ueber den einzelnen nur rollt die Zeit schnell hinweg. Er ist Spielball. Doch als Masse vereint, geeint zum Verbands der Kämpfer sind wir der Koloss. Und wir halten die Zeit und zwingen die Zeit und zwingen das Glück.

Die mitternächtliche Stunde zwischen den Jahren sei darum durchzittert von Troß und durchbebt von stemmender Kraft wollender Massen! Was noch nie war, soll werden! Es steigt aus der Zeit, was noch nie gewesen. Der Mensch wird. Und ihm zu Füßen liegt, von ihm geformt und gebildet, alles.

Dr. Gustav Hoffmann.

Jahresbilanz.

Tid-tad — tid-tad! Ein Jahr is 'rum — ein Jahr is 'rum! Noch fehlen einige Stunden bis zum Anbruch des neuen Jah. Da überkommt so manchen eine Stunde der Bestimmtheit. Im Geiste geht er das Jahr zurück. Weilt an jedem Ereignis seines Jahres, dem Kleinen wie dem Großen, einen Augenblick stehen. Freuden, Enttäuschungen wechseln miteinander ab. Hoffnungen wurden zunichte, aus dem Hüßhorn des Glücks tollerten nur winzige Gaben. Dieser trat die große Reife an, jener entfiel aus den Augen. „Man“ ist aber geblieben, „man“ sitzt nun da und läßt das Jahr auf der unerblicklichen Chaussee der Gedanken vorbeimarschieren.

Ein Jahr is 'rum... Viele, unendlich viele haben nichts zu rechnen. Sie sind mit ihrer Jahresbilanz in einigen Minuten fertig. Ein wider Strich unter eine Null — wenn's gut geht. Selten ein Plus, oft ein Minus. Diejenigen aber, die Fortuna zur Verteilung der Güter berufen hat — Banken, Kartelle, Fabriken, Staats- und Kirchen-lassen — rechnen und zählen, wieviel sie aus den Taschen der graue Masse gezogen haben.

Da sitzt am prägnanten Schreibtisch der „Brother“ und zählt die langen Ziffernreihen zusammen. Sein Goldfüßlerhalter oberiert mit sechsstelligen Zahlen. Erledigte Summen kommen da heraus. Zum Beispiel:

Einnahmen.	
Dividende vom Aktienpaket	127 595 M.
Zinsen vom Bankkonto	107 210 „
Reingewinn aus eigenem Unternehmen	526 712 „
Ländliche Besitzungen	21 319 „
Lantime als Aufsichtsrat	68 700 „
Däten für Sitzungen im Syndikat	12 310 „
Mieten für Bergwohnungen (Ueberfluß)	17 320 „
Gewinn aus dem Kartenspiel	78 „
Verchiedene Ersparnisse	19 „
Summa:	881 263 M.

1930

*Aus dem Meere der Zukunft steigen die Tage
Und fallen ins Meer der vergangenen Zeit.
Sie steigen und fallen wie Schalen der Waage,
Bringen uns Freude, bringen uns Plage,
Ruhe und Streit.*

*Wir aber dürfen nimmerlags rasten,
Müssen erobern jeglichen Tag.
Sturm heult um unsere Segel und Masten,
Doch unser Schiffelein trotz allen lasten,
Trotz jedem Schlag.*

*Und jeglicher Tag stärkt unser Vertrauen
Zu unserer Sache, die Ewiges schafft.
Wir formen die Welt, wir Männer und Frauen,
Da gilt es zu hämmern, zu zimmern, zu bauen
Mit aller Kraft.*

*Und jeglicher Tag stärkt unsere Reihen,
Wir wachsen — wir wachsen wie ein Gigant!
Nur durch die Eintracht kann Großes gedeihen!
Nur Einigkeit kann die Arbeit befreien!
Nur ein Verband!*

Victor Kallnowski.

„Nicht viel!“ seufzte der arme Unternehmer. „Der Staat frisst zuviel Steuern, die sozialen Lasten für alle möglichen Forderungen machen mich pleite!“ Ueberglücklich warf er den massiven Beherhalter hin, daß selbst der silberne Engel, der unter dem Arm eine kostbare Tischuhr hielt, erschauert und leise zitterte.

„Gottverdammt!“ fluchte er dann, vom Sessel aufspringend, „diese Sawirrschaft bringt ja nichts mehr ein! Da muß man Remedur schaffen! Da muß das Arbeiterpaß an — mehr Arbeit, weniger Lohn! Die roten Brüder sollen mich noch fennen lernen!“ Newös lautete er an seiner Unman-Björre und stieß die dicke Rauchwolke dem Engel ins Gesicht.

„Tid-tad — tid-tad!“ sagte der hausbändige Himmelsbote und fingerte im Uhrwerk, aus dem elf helle Glockenschläge hervorflangen.

„Na — wollen mal sehen, was uns das Jahr gekostet hat“, brummelte der Unglückselige, die fettgepolsterten Augen auf den Engel gerichtet, als ob er ihn beschwichtigen wollte. „Also wir hatten an

Ausgaben:

Haushalt, Dienerschaft	55 390 M.
Neues Auto, Knepperde, Hunde	90 910 „
Standesgemäßes für Frau und Kinder	45 801 „
Schmuck, die Freundin	31 500 „
Weihnachtsgeschenk für Monika, die Tänzerin	59 000 „
Dakentreu, Abwehrfonds gegen Rot	10 500 „
Hiviera und sonstige Sommerfrische	29 507 „
Roulette in Monte Carlo	220 350 „
Arbeiter M. R. (für ein gebrochenes Bein)	200 „
Neujahrgeschenk für Bettungs- u. Postboten	1 „
Schmuck für Dolores di Capores (Hündin)	82 000 „
Schmirtgelber	20 000 „
Diverse Ausgaben	70 131 „
Summa:	715 290 M.

Kassenbestand: 165 973 M.

Also: 165 000 Mark! Und davon soll ich leben? Und die Silberfeier?“ Drohend blühte der Herr Fabrikant den silbernen Engel an. Tid-tad — tid-tad... Schon 412. Dann drückte er energisch auf den elektrischen Knopf. „Johann, das Auto!“ Bald hielt der Chauffeur vor der Villa. „Los, zum Klub der Aktionäre!“

Im Klub war eine „glänzende“ Gesellschaft beisammen: halbe und ganze Millionäre. Das alte Jahr schickte sich an, die letzte Minute auszubuchen. Als unser Fabrikant eintrat, hielten die Gäste ihre kostbaren Uhren in der Hand, um ja den rechten Augenblick nicht zu verpassen. „Groß Neujahr! Groß Neujahr!“ schrien sie dann alle los. Als sich der Sturm der Glückwünsche gelegt hatte, begann eine üppige Schmauserei an der prachtvoll besetzten Tafel. Monika war auch da. Aus Dankbarkeit für das Weihnachtsgeschenk beehrte sie den armen Reichen mit ihrer Nachbarschaft als Tischgäbe. „Na, Dickerchen“, sagte sie lachend, „das ist aber nett, daß Du gekommen bist! Ich dachte schon, Du wollest nie ein aller Knabbdchen im Kreise Deiner Familie ins neue Jahr rutschen!“ Als der erste Sektropfen schäumend zur Decke knallte, vergaß Dickerchen seinen Kummer und stieß fröhlich mit Monika an.

Tid-tad — tid-tad! Ein Jahr is 'rum — ein Jahr is 'rum! Müde und ausgehungert kam der Arbeiter nach Hause. Die letzte Schicht im alten Jahre.

Bald dampfte das Abendessen auf dem Tisch: Reste vom Mittagessen, mit Margarine bestrichene Brotschnitte, für den Vater ein Stückchen Würst, Kornkaffee zum Nachtisch. Die Kinder klapperten eifrig mit dem Geschirr. Teller und Schüssel waren bald leergepust.

„So, Uterchen“, sagte die Hausfrau, „setz lege mal Deine Klamotten leise und wasche Dir den Dred vom ganzen Jahre ab, denn morgen ist Neujahr!“

„Ja, ja“, sagte der Arbeiter, „morgen ist Neujahr...“ „Gottfickant ist das alte Jahr nun auch vorbei!“ „Ja, vielleicht wird das neue besser sein...“ „Na, wollen's hoffen!“

Der Arbeiter legte dann nach der Reinigungsprozedur seinen Wochenlohn hin und begann zu rechnen. Sein Haushaltsbuch war immer in Ordnung, die kleinste Ausgabe wurde eingetragener. Auch jetzt zählte er die Ziffern zusammen, langsam, bedächtig, verglich die Einnahmen mit den Ausgaben, aber nicht vom ganzen Jahre, sondern nur vom letzten Monat. Seine Bilanz hatte folgendes Ergebnis:

Einnahmen: Arbeitslohn netto	176,81 M.
Ausgaben: Miete für Dezember	25,-
Schulden beim Lebensmittelhändler	12,30
Miete für Anzug	20,-
Befohlen der Schürze	3,50
Verbands-, Vereins- und Parteibeitrag	5,20
Zeitung, ein Buch	4,75
Sonntag-Taschengeld, Elektrische	13,-
Schulmittel für die Kinder	1,15
Kleine Ausgaben	3,90 = 88,90 M.

Für den Lebensunterhalt bleiben: 88,01 M.

„Also: 88 Mark! Und davon soll eine ganze Familie leben?“ sagte der Arbeiter zu seiner Frau, die eben dabei war, Neujahrskarten zu laden. „Da soll doch der Deibel dreinschlagen! Da schustet man das ganze Jahr und am Ende hat man doch nichts!“

Tid-tad — tid-tad... bestätigte die alte Wanduhr, die klickern und altertümliche die zwölfte Stunde schlug.

Ein Jahr is 'rum! Victor Kallnowski.



52 Woche vom 22. bis 28. Dezember
Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

Die Kinder des Bergmanns.

Am Mittwoch zählen die Kinder schon die Tage bis zum Sonntag. Sonntag — hollibird: da gibts Kuchen! Und Milch gibt es in den Kaffee — und 'n Böffel Kristallzucker in jede Tasse: Schöneres kannst du dir doch gar nicht denken. Und am Sonntag ist Vater daheim — da raucht er 'ne Zigarre, da hat er seinen neuen Anzug an — und 'nen weißen Krage um: wie 'n Herr sieht Vater aus. Die Kinder haben am Sonntag kaum den Mut, dem Vater auf den Buckel zu klettern. Und wenn 's draußen regnet, da nimmt der Vater Sonntags 'n Buch und liest draus vor: vom Leben der Tiere — oder 'n Reisebuch: von Afrika — oder Vater liest was von China, wo die Arbeiter immer in Revolte sind — jo-ju-jassum! wer dabei sein könnte — vorneweg die rote Fahne tragen mit dem gelben Drachen drauf — och, wären wir doch erst groß!

Aber der schönste von allen schönen Sonntagen ist — wenn Vater morgens beim Kaffeetisch sagt: Na, Mutter, laß die Kinder heute man mal los, laß sie laufen! Na, juchheiaffassa, da läßt die Augen — die Kinder werden wie Autoristen — und wenn Mutter noch mahnt: aber auf die Kleider passen und seid mir Punkt eins zu Mittag hier, dann hören die Kinder das kaum noch. Los, fort, weg, wo der Sturm — hinaus ins Freie, auf Entdeckungsfahrten, vor die Stadt hin — und Fliege läuft mit Fliege — der Hund! Der Hund und fünf Kinder.

Erna ist die Älteste: zwölf Jahre. Bob ist zehn. Heiner neun. Kurde acht. Und Elie ist auch acht. Das kommt daher, weil der Kurde und die Elie Zwillinge sind. Mutter jagte: Kinderchen, euch zwei habe ich auf einen Tag geboren. Wie alt ist denn der Fliege — der weiße Spitz? Das kann man nicht sagen — er ist schon drei Jahre im Haus. Vater hat ihn geküßt und an die Beine der Bettstellen. Vater hat ihm das aber schon abgewöhnt. Ueberall, wo Fliege hinwachte — dahin hat der Vater Petrolium mit Pfeffermehl geschmiert — das konnte der Fliege nicht ausstehen, er hat sich das Beinhochgehen in der Wohnung abgewöhnt. Fliege ist nun der kauderzule Hund der Welt. Bau-wau: paß auf: ich habe Käse!

Man sind des Bergmanns Kinder schon ganz weit fort von der Stadt — im Wald sind sie — der Klabe begrüßt sie: ha-ha, ha-ha! Fliege antwortet: jau-jau, jau-jau! Sei mal ruhig — das war 'n feiner Vogel, 'n ganz kleiner muß das sein — hüti-hüti-hüti-hüti! Ja, das hat er gemacht. Ja: da is er ja — et, guck — da läuft er am Tannenbaum 'rauf und er hat 'n schwarzes Häuptchen auf 'n Haus-Jäckchen hat er an — id weiß es: das is 'ne Meise. Da hat Vater neulich von vorgelesen — die machen ganz kleine Eier — weiß mit blauen Fleckchen drauf — kann: wir suchen welche. Und wie die Tischchen klettern die drei Buben den Nichtenbaum hinauf. Da, das Unglück: ra-tsch! Das war 'n Ast — die Doje von Heiner hat Luft gekriegt, 'n hantes Stück Bein haut 'raus und Groß-Erna, die Zwölf-jährige, die maht unten: o-wei-h-o-wei-h-o-wei-h. Die Mutter! — Ganz leiserlaut klettern die Buben wieder abwärts. Wo ist denn Elie, das Neßhäutchen, die Kleinste? Gelle? Gelle? Aber keine Elie gibt Antwort. Erna kriegt 'nen Stich ins Herz: wenn sie nun weg wär, ganz ganz weg — die Elie? Erna hat nicht aufgepaßt. Gelle? Gelle? Aber der Fliege, das schlaue Hündchen, her hat die Elie schon gefunden. Bau-wau, jchau-schau! Paßt auf! Joch — da is sie ja, Klein-Eliechen — du, was machste denn? Eliechen hat gebaut — 'n Haus: Mauern aus weißem grünen Moos — wo die Fenster und die Türen sind, da liegt 'n Stein — und die Menschen im Mooshaus? Die schlafen jetzt. Fünf Kinder: fünf Tannenzapfen — Vater und Mutter sind größer: jedes ist ein moisches Stück Holz — und der Fliege ist auch da. Er liegt vor der Steintür, zusammengegerollt — ein Stück Moos, in den kleinen Mädchenhänden zur Kugel zusammengeballt: das ist Fliege, der Hund!

Die Jungens aber haben was entbedt. Das haben sie entbedt, was da fehlt — den Blut! Die Grube — den Schacht. Kriechkrage: Die kleinen Bergleute sind schon an der Arbeit und Fliege läßt Kriechkrage in die Tiefe, 'n Loch in den Waldboden — hier soll Vater einfahren — Bob holt 'n kanges Stück Bindaden aus der Tasche — das rollt er um einen Saftelzweig ('n Stück vom Saftelzweig) so: das Geß funktioniert, heb mal Vater aus 'n Bett 'raus — das moische St d So fährt vor Ort. Vater: Glückaus! Erna aber kocht und bäckt am Bach — aus Kieselsteinen hat sie 'nen Herd gefant. Und Sand und Schlam, mit den Händen schon vermischt und auf trockne Gestein gelegt. Was

gibt Schwarzbrot. In 'n Bratofen damit — Auf einmal — o Schred — die Kinder springen von ihrer Arbeit auf: Himmel, was war das — da im Busch hat es geknackt — und: rette dein Leben: hrllehjah: wick aus — lauf, was da laufen kannst: 'n Wä, 'n Wä! Wie sie rennen — die fünf Kinderchen, der Wä ist hinter sie her — im Busch hat es geknackt. Im schnellsten läuft der Fliege — er jault vor Angst, der kühne Spitz. Da — ein Schrei — Elie ist hingefallen — o weh: nehm mit doch mit, der Wä frist mich auf! Der erste, der stand, das war der Bob, dann stand Erna — zuletzt aber Fliege — der mutige Hund. Vorsichtig nahm er den Schwanz wieder zwischen den Beinen hervor. Die Kinder schämten sich plötzlich. Was hatte der Vater neulich vorgelesen? Freigheit und Uberglaube seien böse Geschwister. Man muß allem auf den Grund gehen — hatte Vater gesagt — Jawohl! So hatte er gesagt!

Elie ist abgehukt. Tränen und Nasenschnotter hat ihr die Erna mit 'ner Handvoll Moos aus dem Gesicht gewischt, denn Laichenticker, die werden doch immer daheim verlesen. Die Jungens haben sich zu einer Kompagnie formiert — der Fliege ist Hauptmann. Der Herr Hauptmann Hund kommandiert, seine weiße Fahne hoch erhoben, er schwankt sie, er wedelt — vorwärts, auf den Feind: Bau-wau! Schau-schau! Jau: vorwärts zum Sturm, auf den Busch zu! Aber je näher die Buben an den Busch kamen — je langsamer ging es — am Ende, der Wä? Bob hatte Mut — der machte den Kundschafter — wie eine Schlange schläng er sich vor — an den Busch ran — der Fliege folgt vorsichtig. Da: wieder — es raschelt im Busch — leise — der Fliege lauft ab — aber der Bob hats auch gehört und er hatte gefehen — er schreit zurück. Nun ist er bei den andern — man flütert der Bob: da drinnen — im Busch — da liegt 'n Liebespaar. Das also war der Wä! Erna aber ist ein ganz klein wenig rot geworden. An den Schläfen und um die Ohren her: da blühen zarte kleine Röschen. — Ob sie schon was weiß, die Erna — sie wird Östern dreizehn? 'n Liebespaar im Busch?

Doch weiter — hollibird — da hinten is 'n Berg — den stürmen wir — auf: vorwärts — die Buben erobern den Wald. Ein alter Klabe aber schne — ja: ja: ja — die Kinder: Robnafen sind sie — im vorigen Sommer sind sie an meinem Nest gewesen — die Kinder — haben da ein Ei rausgeholt — ja: ja: ja — die Kinder: Fort! wä! wä! wä!

Max Dorta.

Der ostoberschlesische Bergbau.

In Ostoberschlesien ist die Erde reich mit Mineralien gesegnet. Besonders gilt das für den Teil, der an Polen abgetreten werden mußte. Welchen großen wirtschaftlichen Verlust Deutschland dadurch erlitten hat, wird erneut offenbar durch eine Statistik des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Katowitz, worin Bericht erfattet wird über die Produktion des ostoberschlesischen Steinkohlen-, Eisens-, Zink- und Bleierzbergbaues. Die wesentlichste Produktionsquelle ist der Steinkohlenbergbau, und über ihn soll hier berichtet werden. Wir folgen dabei in der Hauptsache dem vorgenannten Bericht und entnehmen ihm folgende Zahlen, mit Ausnahme der letzten Zahlenreihe in dieser Auflistung, die vom Verfasser errechnet wurde:

Jahr	Beschäftigte Arbeiter im Jahresdurchschnitt	Förderleistung je Mann und Schicht in kg	Stein- kohlen- produktion in T.	Stein- kohlen- abfall in T.	Wahrscheinl. in % von der Produktion
1924	126 706	728	23 705 871	20 541 301	86,66
1925	84 223	1023	21 430 041	18 684 516	87,11
1926	76 825	1205	25 950 160	23 734 864	91,47
1927	77 074	1287	27 731 025	24 821 370	89,51
1928	77 559	1366	30 208 608	27 868 284	92,26

Die Belegschaft, die sich 1928 sogar auf 150 856 Mann stellte, wurde bis 1926 stark abgebaut, um von da an konstant zu bleiben. Der Fördererfolg je Mann und Schicht ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Allerdings hat er im letzten vollen Vorkriegsjahr 1913 auch schon 1202 Kilo betragen. Infolge der politischen Umstände und Unruhen, die Ostoberschlesien jahrelang beherrschten, war er um mehr als 50 Prozent gesunken. Mit einem Fördererfolg von 1366 Kilogramm im letzten Jahresdurchschnitt steht Ostoberschlesien in allen europäischen Steinkohlengebieten unerreicht da. Diese Tatsache ist begründet in der Mächtigkeit der Flöze und der guten Gubrigkeitsverhältnisse. Kohlenflöze bis 12 Meter Stärke und darüber sind keine Seltenheit. Welche Vorteile solche Flöze bieten, charakterisiert sich in der Zusammensetzung der Belegschaft. Im Jahre 1928 waren in Ostoberschlesien von 100 Mann nur 16,5 Dauer gegen annähernd 50 Prozent im Ruhrbergbau und in Niederschlesien. Darin liegt ein gewaltiger Vorteil, denn die Kohlenbauer sind die höchstbezahlteste Arbeitergruppe. Der zunehmende Fördererfolg hatte zur Folge, daß sich die Gesamtproduktion wesentlich erhöhte trotz Belegschaftsabbau. Auch der Gesamtwahrscheinlichkeitswert ist gestiegen. Über aus allem zu schließen, daß der ostoberschlesische Bergbau in besonderer Weise stande, wäre falsch. Neben guten geologischen Verhältnissen (Mächtigkeit und Reinheit der Flöze, gutes Gebirge usw.) gibt es verschiedene binnenwirtschaftliche und durchaus nicht gesunde Momente, die aber den Absatz und die Konkurrenzfähigkeit Ostoberschlesiens auf dem Weltmarkt gehoben haben. Es sind dies die Frachtsubventionen des polnischen Staates für den Bergbau und der Tiefstand der polnischen Währung. Der Bloch wurde 1924 in Parität zur Reichsmark mit 81 Pf. eingeführt und steht nun seit Jahren zwischen 46 und 47 Pf. Er kam 1925 ins Kutschen und ging zeitweilig bis unter 40 Pf. herunter. Die Folge ist, daß Arbeiterlöhne und Bergbaumaterialien, die aus dem polnischen Inland bezogen werden (z. B. Grubenholz), äußerst niedrig im Preis stehen. Im Vergleich mit den Festwährungsgebieten wirken die in Ostoberschlesien gezahlten Arbeiterlöhne wie ein soziales Dumping, weil der Wertverlust nicht ausgleichend, sondern von den Bergbauunternehmern ausgenutzt wurde, um auf weit entfernt liegenden Märkten Schmelzenkonkurrenz mit polnischer Kohle zu treiben. Deutschland ist bisher von dieser Konkurrenz infolge des Handelskrieges mit Polen verschont geblieben. Das soll ja nun durch Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen bald anders werden. Im Namen von vielen Tausenden, in ihrer Existenz bedrohten Bergarbeiter Ostoberschlesiens und Westoberschlesiens ist zu fordern, daß, wenn der Handelsvertrag abgeschlossen wird, das von Deutschland zu übernehmende Kohlenkontingent so niedrig wie nur möglich gehalten und Schmelzenkonkurrenz, begünstigt von niedrigen Arbeiterlöhnen und schlechter Waare, unterbunden wird. Man höre die Zahl von 350 000 T., die Deutschland als Monatskontingent übernehmen soll. Dagegen ist schärfer Protest einzulegen, denn es wäre unverantwortlich gegenüber den am meisten bedrohten Bergarbeitern in Westoberschlesien, Niederschlesien und Sachsen. Auf Niederschlesien und Sachsen bezogen, bedeutet die Einfuhr von 350 000 T. im Monat den Abbau von ungefähr 20 000 Bergleuten.

Die Kohle ist bekanntlich ein Rohstoff und die Arbeitskosten bilden darin den größten Anteil an den Herstellungskosten. Wie es mit den Arbeiterlöhnen in Ostoberschlesien bestellt ist, soll nunmehr im Vergleich mit anderen deutschen Steinkohlengebieten gezeigt werden. Im Jahresdurchschnitt und im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft stellte sich der Verdienst für 1928 in Ostoberschlesien auf 8,97 Bloch = 4,20 M. (berechnet nach dem Durchschnittskurs zur Reichsmark in 1928), in Westoberschlesien auf 6,23 M., in Niederschlesien auf 6,22 M. und im Ruhrgebiet auf 8,57 M. je Schicht. Nicht um ein Loblied auf die Höhe der deutschen Bergarbeiterlöhne zu singen, sondern um deren Tiefstand in Ostoberschlesien festzustellen wurde dieser Vergleich durchgeführt. Die großen Unterschiede im Verdienst der Bergarbeiter wirken sich auch im Lohnanteil der Steinkohle, also in den Herstellungskosten aus. Um den Lohnanteil per Fördererfolg festzustellen, muß der Fördererfolg je Mann und Schicht herangezogen werden. Er betrug im Durchschnitt von 1928:

Ostoberschlesien	1366 Kilo
Westoberschlesien	1314 "
Niederschlesien	847 "
Ruhrgebiet	1191 "

Bringt man Förderanteil und Lohn in Reichsmark zueinander in Vergleich, dann stellte sich der Arbeiterlohnanteil je Fördererfolg im Jahre 1928 wie folgt:

Ostoberschlesien	3,07 M.
Westoberschlesien	4,71 "
(höher gegen Ostoberschlesien um 53,4 %)	
Niederschlesien	7,84 "
(höher gegen Ostoberschlesien um 139 %)	
Ruhrgebiet	7,19 "
(höher gegen Ostoberschlesien um 134,2 %)	

Auch die sozialen Versicherungsbeiträge und die Beamtengehälter sind in Ostoberschlesien niedriger als in den deutschen Bergbaubezirken. Dadurch werden die Unterschiede in den Kohlenpreisen zwischen Ostoberschlesien und den deutschen Bergbaubezirken noch größer. Wir sind schon der Meinung, daß der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen nötig ist und daß auch ein gewisses Kohlenkontingent wird zugestanden werden müssen, aber die alleräußerste Grenze liegt nach unserer Auffassung bei 200 000 T. im Monatsdurchschnitt. Auch diese Mengen werden den Abbau von mindestens 10 000 deutschen Bergarbeitern zur Folge haben, aber es ist leider so, daß Handelsverträge nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile bringen. Letztere müssen hingenommen werden, wenn es im Gesamtinteresse liegt, aber die alleräußerste Grenze des deutschen Entgegenkommens ist angezeigt.

Polen kann die ihm zugefallene Steinkohlenproduktion nicht verwenden. Besonders bedrückt im Absatz nach dem polnischen Inland muß sich der ostoberschlesische Steinkohlenbergbau fühlen, wie seine Absatzstatistik erkennen läßt. Der Absatz des ostoberschlesischen Steinkohlenbergbaues betrug in Tonnen:

Jahr	In Polen einschließlich Danzig	Export nach dem Ausland	Auslandsbedarf in %, vom Gesamtabsatz
1925	11 330 329	7 701 198	41,22
1926	12 198 743	11 949 435	50,35
1927	15 550 812	9 607 230	38,71
1928	16 902 754	11 245 936	40,36

Danzig gehört zum polnischen Zollland und darum ist der Absatz nach diesem Gebiet in den Absatzfiguren nach Polen enthalten. Die Aufstellung zeigt, daß große Mengen der ostoberschlesischen Steinkohlenproduktion nur im Ausland abgesetzt werden können. Daher das Interesse Polens an einem möglichst hohen Kohlenkontingent nach Deutschland! Der Absatz nach dem Ausland konnte von Ostoberschlesien nur mit Schleuderpreisen gegen die übrigen europäischen Kohlenexportländer erkämpft werden. Daß Ostoberschlesien dabei gut gefahren wäre, kann nicht behauptet werden, wie nachstehende Tabelle, die dem Bericht des

Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Katowitz entnommen ist, zeigt:

Jahr	Wert der Produktion der Zone in Bloch	Gesamtwert der Produktion in Bloch	Gesamtwert für den Absatz in Bloch	Anteilwert dem Gesamtwert in Bloch
1925	18,41	287 961 911	264 770 013	23 191 931
1926	16,40	425 290 967	401 842 341	20 448 626
1927	16,71	482 949 275	437 248 367	25 700 906
1928	17,16	517 663 988	496 691 297	20 972 691

Wie der Wert der Produktion errechnet wurde, ist aus dem Bericht leider nicht zu ersehen. In der Regel wird vom Erlös der Absatzzone ausgegangen, aber hier ist dies nicht der Fall. In polnischer Währung ist der Wert der Produktion gestiegen, aber in deutscher Währung ist er gesunken, weil der Kurs des Bloch vom Paritätstand zur Reichsmark von 81 auf 46,7 Pf. gefallen ist. Nach dem Blochkurs in Reichsmark umgerechnet, stellte sich der angegebene Wert einer Tonne ostoberschlesischer Steinkohle auf 8,05 M. im Jahresdurchschnitt 1928. Das ist ungefähr die Hälfte des Wertes einer Tonne Steinkohle in den Ländern mit fester Währung. Dadurch erlangt Polen höchste Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Darin liegt aber auch zugleich die Begründung, warum Polen beim Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland nur ein festes und nicht zu hohes Kohlenkontingent zugestanden werden darf, wenn nicht ein soziales Dumping ungerechtfertigt begünstigt werden soll. Heinrich Löffler, Berlin.

Einheitliche Uebertrittsbestimmungen.

Die Kommission für Verwaltungsreform des DGB. hat zu den eingegangenen Vorschlägen und Abänderungsanträgen für einheitliche Uebertrittsbestimmungen Stellung genommen. Den vorgelegten Richtlinien stimmte in der Sitzung des Ausschusses des DGB. am 26. November 1929 die Mehrzahl der Verbände bis auf den Punkt 5, der den Uebertritt von Mitgliedern zu Verbänden mit Invalidenunterstützung regelt, zu. Die Kommission hatte sich bemüht, eine allgemeine Formulierung zu finden, durch die auch die Interessen derjenigen Mitglieder gewahrt werden sollten, die auf Grund des § 9 der Bundesfassung gezwungen sind, bei Berufswechsel aus einem Verband ohne Invalidenunterstützung auszutreten und in einen Verband überzutreten, der die Invalidenunterstützung eingeführt hat. Noch schwieriger wird der Uebertritt, wenn ein Mitglied mit Anwartschaft auf Invalidenunterstützung in einen solchen Verband ohne Invalidenunterstützung übertritt. Es haben nach der vorgelegten Uebertrittsbestimmung die Invalidenunterstützung eingetragenen, beschlossenen 25 Verbände mit 3 903 449 Mitgliedern; dagegen stehen vier Verbände mit 401 247 Mitgliedern, die diesen Unterstufungsbeitrag nicht einführen können oder wollen. Außerdem besteht in vier Verbänden mit 635 254 Mitgliedern die Absicht, entsprechende Regelungen zwecks Einführung der Invalidenunterstützung den kommenden Verbandstagen zu unterbreiten. Im Jahre 1929 begannen 12 weitere Verbände mit 2 401 430 Mitgliedern mit der Zahlung der Invalidenunterstützung. Insgesamt unterstützen dann 25 Verbände mit 3,9 Millionen Mitgliedern ihre invaliden Mitglieder. Die Leistungen der Einzelverbände sind allerdings überaus unterschiedlich und schwanken je nach der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge und der Höhe der Zuschussbeiträge für die Invalidenunterstützung zwischen 4 und 72 M. monatlicher Unterstützung oder zwischen dem 8. bis 60fachen Wochenlohnbeitrag. Sonderbeiträge werden nur in 11 Verbänden erhoben, und zwar in Höhe von 5 bis 65 Pf. pro Woche. Die Wartezeiten, die zum Bezug der Unterstützungen berechtigen, variieren zwischen 260 und 2080 Beitragswochen. Infolge dieser außerordentlichen Verschiedenheit bleibt kein anderer Ausweg, als daß die Verbände durch Gegenseitigkeitsverträge über die zu zahlenden Unterstützungen und die Anrechnung der Beiträge im Falle der Invalidenunterstützung formulierte Vereinbarungen treffen. Auf diese Weise wird es möglich sein, etwaige Härten für Ueberretrende zu vermeiden, und schließlich könnten diese Gegenseitigkeitsverträge zu einer einheitlichen Regelung dieses Unterstufungsbeitrages führen. Notwendig erscheint es ferner, den Beitragsanteil für die Invalidenunterstützung gesondert in den Verbandstatuten auszuweisen, um dadurch Benachteiligungen der Mitglieder zu vermeiden.

Nach eingehender Aussprache stimmte der Bundesausschuß gegen wenige Stimmen den folgenden Richtlinien zu und beschloß ferner, die in der Konstantenkonferenz der Gewerkschaften im Jahre 1909 gefaßten Beschlüsse für doppelt Organisierte in diese Richtlinien (unter 8.) aufzunehmen.

1. Mitglieder, die auf Grund des § 9 der Satzung des DGB. bei Berufswechsel zu einem anderen Verbande übertreten, erhalten die erwähnte Mitgliedschaft angerechnet, wenn die Abmeldung durch den bisherigen Verband schriftlich bestätigt ist. Beitritts-geld wird nicht erhoben.

Einspruch bei Kündigung.

Mit dem kommenden Winter stehen auch im Bergbau eine Anzahl Entlassungen bevor. Grundsätzlich in den Braunkohlen-gruben mit Tagebaubetrieb sind, wie immer, Entlassungen größeren Umfangs zu erwarten. Auf den meisten Gruben ist während des Sommers soviel Kohle abgeräumt worden, daß der Abbau während des Winters stillgelegt werden kann, ohne daß in der Gewinnung der Kohle eine Störung eintritt. Aber auch zu anderen Zeiten droht dem Arbeitnehmer das Gespenst der Arbeitslosigkeit. In der Auswahl der zu entlassenden Arbeiter verfährt die Betriebsverwaltung nicht immer reell, und nicht selten entstehen zwischen dem Arbeiter und der Betriebsverwaltung Komplikationen wegen der Kündigung. Mancher faßt es als eine Maßregelung auf, ein anderer glaubt nur ein Opfer des persönlichen Schicksals seines Vorgesetzten zu sein — kurz, das Gefühl, daß ihm mit der Entlassung Unrecht getan wird, ist natürlicherweise in jedem Arbeiter zu finden. Trotzdem jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wissen sollte, welche von seinen Rechten gesetzlich verankert sind, ist die Unterweisung auf diesem Gebiete noch weit verbreitet.

Grundsätzlich hat in Betrieben mit einem Betriebsrat jeder Arbeiter das Recht des Einspruchs gegen die Kündigung. Damit besteht die Möglichkeit, daß mit Hilfe des Arbeitsgerichts die Weiterbeschäftigung des Bekündigten erzwingen werden kann, oder aber, daß ihm eine angemessene Entschädigung für den ihm daraus entstehenden Verlust gewährt wird. Das Einspruchsrecht ist aber auch nur bedingt, und zwar:

1. Wenn der Verband vorliegt, daß die Kündigung wegen der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer politischen, gewerkschaftlichen, konfessionellen oder militärischen Organisation erfolgt ist.
2. Wenn die Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt ist.

2. Für die Anrechnung der in den früheren Verbänden gezahlten Beiträge kommen nur die an die Hauptkasse geleisteten Wochen(Woche)beiträge in Betracht. Der Hauptkassenbeitrag ist in der Regel aus der Doppelwertmarke zu ersehen. Soweit die Doppelwertmarke nicht benutzt wird, sind 25 Prozent von der Wochenwertmarke als nicht unterstützungsberechtigte Wochenbeiträge abzuziehen und dieser errechnete Wert auf 10 Pf. aufzuheben, abgerechnet nach der vollen Zahl der geleisteten Wochenbeiträge in das neue Buch vorzutragen. Dieser Wert der geleisteten Wochenbeiträge kann umgerechnet werden, jedoch nur bis höchstens zur Gesamtdauer der Mitgliedschaft.

3. Beitragsfreie Marken, Extrabeiträge, Anerkennungsbeträge bei Arbeitslosigkeit, fakultative oder Lokalbeiträge bleiben bei der An- und Umrechnung unberücksichtigt.

4. Für die Unterstützungsanrechnung gelten die Satzungsbestimmungen der Einzelverbände mit der Maßgabe, daß die vom Bundesausschuß beschlossenen Richtlinien über Art und Umfang der Unterstützungen (siehe Jahrbücher des DGB. 1926/27) Beachtung finden. Um übertretende Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren, können die Einzelverbände in Gegenseitigkeits- oder Kartellverträgen Ausnahmen von vorstehender Regel zulassen.

5. Für den Bezug der Invalidenunterstützung wird die Zahl der nach Punkt 2 festgestellten Beiträge in voller Höhe angerechnet, wenn das Mitglied aus einem Verbande mit gleichem Unterstufungsbeitrag übertritt. Hat das übertretende Mitglied die zum Bezug der Invalidenunterstützung in der neuen Organisation festgesetzten Beiträge noch nicht voll geleistet, so kann es erst nach Leistung der restlichen Beiträge im neuen Verband Invalidenunterstützung erhalten. Durch Gegenseitigkeits- oder Kartellverträge können die Einzelverbände eine von dieser Regel abweichende Regelung vereinbaren. Ueberretende, die bereits früher dem gleichen Verbande mit Invalidenunterstützung angehört, zu dem der Uebertritt erfolgt, erhalten zumindest die Zahl der in diesem Verbande geleisteten Beiträge auf die jahungsmäßige Wartezeit angerechnet.

6. Rechtsnachbar hat derjenige Verband zu bezahlen, in dem das betroffene Mitglied organisiert war, als die Ursache des Rechtschutzes eintrat.

7. Invalide, krank, arbeitslos oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind vom Uebertritt ausgeschlossen. Mitglieder der Unions-, Werkvereine und gelben Verbände sind als Neueintretende zu behandeln. Im Zweifelsfall entscheidet über den Charakter solcher Organisationen und die Notwendigkeit einer Ausnahme der Verbände Vorstand.

8. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von welcher er Unterstützung in Anspruch nehmen will.

An Doppeltorganisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Rechtschutz und Unterstützungen bei Streiks und Maßregelungen nur von der Organisation gewährt, deren Interessen sie in dem fraglichen Falle vertreten.

3. Wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, andere Arbeit als die bei der Einstellung vereinbarte zu verrichten.

4. Wenn unbillige Härte vorliegt. Der Begriff „unbillige Härte“ richtet sich nach den Betriebsverhältnissen. In der Regel kann unbillige Härte angenommen werden, wenn nach der Entlassung des Arbeiters andere Arbeiter eingestellt oder jüngere weiterbeschäftigt werden, ohne leistungsfähiger zu sein als dieser. Eine absolute objektive Regel kann hier nicht angegeben werden, da es immer auf die Umstände des einzelnen Falles ankommt.

5. Bei einer fristlosen Kündigung, wenn ein Grund zur fristlosen Kündigung nicht vorgelegen hat.

Das Recht des Einspruchs besteht nicht, a) wenn die Entlassung auf einer gesetzlichen oder tarifvertraglichen oder durch Schiedsbruch eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schlichtungsstelle auferlegten Verpflichtung beruht; b) wenn die Entlassung durch die gänzliche oder teilweise Stilllegung geschieht.

Der Begriff „Betriebsstilllegung“ ist noch sehr dehnbar. Wesentlich ist jedoch zu wissen, daß zur Stilllegung nicht ein abgegrenzter Betriebszweig erforderlich ist, sondern es genügt die Nichtbenutzung einzelner Betriebsanlagen, welche dem Betriebszweck und der Produktion dienen. Wird die Entlassung durch die Stilllegung des Betriebszweigs erforderlich, so ist ein Einspruch ausgeschlossen. Der Grund der Stilllegung spielt hierbei keine Rolle, so daß auch bei einer Ausweitung ein Einspruch ausgeschlossen ist (vgl. die Ausführungen in der westfälischen Eisenindustrie).

Die Kenntnisse der wichtigsten arbeitsrechtlichen Gesetze heugt manchen unangenehmen Umständen vor. Nicht nur dem einzelnen bleiben Mißverständnisse und Fehlerquellen erspart, sondern auch die Allgemeinheit würde vor manchem Schaden bewahrt, denn wenn der Arbeitnehmer weiß, daß der Arbeiter: von seinen Rechten vollen Gebrauch macht, dann wird er manche arbeiterfeindliche Behandlung meiden lassen. Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter!

Gewerkschaftsbefehle der kommunistischen Führung.

Die kommunistische Parteiführung hat sich vorgenommen, die Beschlüsse des Berliner Oppositionskongresses mit den gewalttätigsten Mitteln nicht etwa gegen die Arbeitgeber, sondern gegen die freien Gewerkschaften durchzuführen. Wie es gemacht werden soll, dazu hat der Leiter des Kongresses, Paul Merker, jetzt direkte Anweisungen gegeben. Er schreibt: „Kartieren mit den Reformisten kann es nicht geben; rücksichtslosen Kampf zur Verjagung dieser Leute aus den Funktionen.“ Merker fordert damit die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder auf, bei den gegenwärtig stattfindenden Disziplinarverfahren mit eigenen kommunistischen Vorschlägen vorzugehen, um ganze Arbeit zu machen. Er sagt dann weiter: „Alle unehrlichen Elemente, die nicht den ersten Willen haben zur Durchführung der Beschlüsse, werden jetzt vor die klare Entscheidung gestellt.“ Das heißt also: Es gibt nur einen Weg; wer sich weigert, die kommunistischen Parolen durchzuführen, hat in der RPD keinen Platz mehr! Das ist zweifellos klar und deutlich.

Die RPD-Führung hat die Absicht, sich durch die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder unter Anwendung des gewissenlosesten Terrors die Gewerkschaftsführung ausliefern zu lassen. Um das Ziel zu erreichen, werden die Kommunisten in den Betrieben unter den schändlichsten Gewissenszwang gestellt sowie vorzuschüßweise geschmäht und beschimpft. „Unehrlliche Elemente“ nennt Merker diejenigen, die den Wahnsinn der Gewerkschaftszersplitterung nicht mitmachen wollen — Renegaten seien es, die sich nicht einreihen in die „kommunistische Avantgarde“ gegen die „reformistische“ Gewerkschaftsführung!

Mit dieser neuen Taktik will Merker, wie er mündlich schreibt, die Unorganisierten in die revolutionäre Oppositionsbewegung einreihen. Im „Klassenkampf“, dem mitteldeutschen RPD-Organ (Nr. 279), wird auch enthüllt, wie die Arbeit be-

gonnen werden soll. Es heißt da: „Die kampfgewilltesten Organisierten und Unorganisierten sollen als geschlossene eiserne Front der Gewerkschaftsbürokratie entgegengestellt werden...“ Dann soll an zwei bis sechs Stellen der Damm durchbrochen und mit Hilfe von selbstgewählten Kampf- und Streikleitungen der Streik im mitteldeutschen Bergbau entfesselt werden. Und diesen Irrsinn, in einer Zeit größter Arbeitslosigkeit und schlechter Wirtschaftskonjunktur Zehntausende von Arbeitern in einen aussichtslosen Streik — ohne jeden Rückhalt für die Betroffenen — zu heben, mutet die RPD-Führung den Funktionären der freien Gewerkschaften zu!

Es ist eine ganz glatte Selbstverständlichkeit, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Erhaltung mit Leuten, die sich zum Träger solcher Praktiken machen, in ihren Reihen kurz und bündig aufräumen.

Wie sich das Treiben von verantwortungslosen Schreibern gegen die freien Gewerkschaften auswirkt, zeigt treffend eine Notiz in dem dem christlichen Gewerkschaften nahestehenden Blatt „Der Deutsche“. Es heißt da: „Diese Zersetzungserscheinungen in den sozialistischen Lagern stellen die christlichen Gewerkschaften in Zukunft vor größte Aufgaben... Diese steigern sich, um so weniger es den Gewerkschaften gelingt, das Zersetzungs- und Zerstörungswert der Kommunisten zu verhindern...“ Kann noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, wer als Nutznießer dieses Treibens in Betracht kommt?

Also klare Fronten!
Wer sich an der Zerstörung des Verbandes beteiligt, hat in den Reihen der organisierten Gewerkschaftskämpfer nichts mehr zu suchen! Moskau oder Amsterdam — händische Unterwürfigkeit und Kapitalistenjoch oder wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg durch die freien Gewerkschaften: einen anderen Weg gibt es nicht!

Wirtschaft und Kultur.

Wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung die Menschheit in Klassen zerrissen hat, so hat sie auch auf das Leben des einzelnen Menschen zersetzend gewirkt. Der Kapitalismus ist einerseits auf den Intellekt eingestellt. Der Kampf um das Dasein zwingt zu rein intellektuellen Erwägungen, und da muß dieses andere im Menschen notwendig verkümmern, dieses andere, das uns als Gefühl, Instinkt, Intuition bekannt ist. Das Natürliche und Notwendige ist, wie Prof. Honigmann in einer interessanten Arbeit der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ ausführt, „die beiden Grundformen geistiger Betätigung zu vereinen“, da sie „nebeneinander bestehen müssen, ohne in Zwiepsalt zu geraten“.

Die Erfassung der Umwelt durch den Geist geschieht durch Verstand und Instinkt, und „beide gehen“, so schreibt Prof. Honigmann, „auf dieselbe Aufgabe zu, Mittel zur Beherrschung und Flugbarmachung der den Menschen umgebenden Welt zu finden“.

In Urzeiten trat diese Unterscheidung zwischen Verstand und Gefühl noch nicht so deutlich in die Erscheinung. Und wann und wie entstand diese Unterscheidung? Der Intellekt richtet sich vor allem an die Gegenstände der leblosen, jedenfalls außerhalb des Individuums bestehenden Welt. Seine erste Leistung ist die Erfindung von Werkzeugen, um sich der Natur zu bemächtigen. Und je mehr diese Werkzeuge und ihre Herstellung im Laufe der Zeit Selbstzweck und Mittel der Befriedigung des Eigenwunsches wurden, um so mehr wurde der Intellekt vom Menschlichen und damit von der anderen Seite dieses vollen Menschlichen, vom Gefühl, getrennt. Und so kommt es, daß diese Wirtschaftsordnung, die so ganz auf die Produktion und den Vertrieb der Ware eingestellt ist, für die Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Instinkts, des Gefühls, der Seele kein Verständnis hat, so daß diese Werte in dieser kapitalistischen Werkzeugwirtschaft verkümmern.

Dabei ist die Pflege des Gefühls von wesentlicher Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung der Gesellschaft. „Die instinktive Leistung“, so schreibt Prof. Honigmann, „dreht sich immer um eine Betätigung, die aus engem mit dem Leben selbst und seinen innersten Bedürfnissen zusammenhängt, der Erhaltung der Art, der Pflege sozialer Bindungen usw., den leblosen Gegenständen gegenüber aber eher stumm bleibt“.

Aber durch diese auf den Intellekt nur eingestellte kapitalistische Wirtschaft verkümmert dieses Gefühlleben des Menschen. Der Instinkt bleibt immer mehr zurück, und doch geistehen „die elementarsten und bedeutendsten Betätigungen der menschlichen Persönlichkeit unbewußt und betäubt“ ohne die Herrschaft des Intellekts. Und so auch die Gemeinschaftsbildungen, auf die Prof. Honigmann hinweist. Ohne die ausgesprochene Pflege des Instinkts, des Gefühls, der Intuition ist ein Kulturleben in Gemeinschaft gar nicht möglich.

Darum ist eine neue Wirtschaftsordnung, die die Ware, das Werkzeug, das Produkt nicht einseitig intellektualistisch und selbstständig berechnend erfährt, von grundsätzlicher Bedeutung für die Möglichkeit eines neuen menschlichen gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Das Werkzeug hat vor Zeiten den Intellekt vom Gefühle getrennt, um den Intellekt eigene Wege schreiten zu lassen; das Werkzeug in neuer Art, die Wirtschaft, auf Gemeinschaft und Menschlichkeit errichtet, wird Intellekt und Gefühl wieder binden zur neuen Harmonie der geschlossenen Persönlichkeit.

Darum ist die Pflege des Schönen im Menschen ein Stück Rettung des Menschen vor dem Untergang und ein Stück Arbeit am neuen Kulturleben kommender Gemeinschaft, und es ist interessant zu sehen, wie man diese Bedeutung des Schönen sogar in der medizinischen Wissenschaft erkennt. So hat die Landesversicherungsanstalt Sachsen kürzlich bei München eine Heilstätte für Seelenbehandlung geschaffen, die durch feinsten, ethischen, künstlerischen Erlebnisse den an der Zeit leidenden Menschen das Gleichgewicht wiedergeben will.

Durch das analytische Verfahren, von dem wir ja schon oft hören, wird nach den Worten von Dr. Unger, dem Leiter der Anstalt, nur der Teil seelischer Wirren beeinflusst, der rational, durch verständnisfähiges Klären gebessert werden kann. Diese Anstalt soll aber den Bewußtlosen dienen, die den Instinkten, dem reinen Gefühl und dem unmittelbaren Erleben und deren Konflikten mit dem Verstande entschlüpfen und deshalb außerhalb der rationalen, verständnisfähigen Methode anzufassen sind. Und das soll nun u. a. durch starke seelische Erlebnisse geschehen.

Auch das zersetzende Streben, wie es sich da von links auf die Gewerkschaftsbewegung bemerkbar zu machen sucht, hat oft ihre Ursache darin, daß Menschen ihr seelisches Gleichgewicht verloren. Diese das Gefühl nicht befriedigende Zeit schafft oft als Extrem den Nihilismus, dem die Entwicklung nicht schnell genug geht, und die mangelnde Pflege des Gefühls schafft den unklaren Menschen, der nicht nur mit der großen Bewegung, sondern auch mit sich selber unzufrieden ist.

Hier gilt es, immer wieder auch den ethischen Sinn der Bewegung zu pflegen und ihren großen Gedanken auch wurzeln zu lassen im Suchen des Instinkts, des Gefühls. Auch das ist eine antikapitalistische Tat im Sinne der neuen Kultur des geschlossenen Menschen.

Aus der Krankentafelstatistik.

1927 waren in Deutschland über 21 Millionen Menschen gegen Krankheit versichert, wenn man die Familienangehörigen mit hinzurechnet, blieben es über zwei Drittel von den 65 Millionen Deutschen sein.

Im Jahre 1927 entfielen Mitglieder auf:

Ortskrankentafeln	13 227 000	62,4 %
Landkrankentafeln	2 034 000	9,6 %
Betriebskrankentafeln	3 338 000	16,0 %
Annunskrankentafeln	520 000	2,4 %
Knappschaftsrankentafeln	789 000	3,7 %
Einkassentafeln	1 249 000	5,9 %

Die Beitragseinnahmen betragen je Mitglied (in Mark):

Jahr	Ortskrankentafeln	Landkrankentafeln	Betriebskrankentafeln	Annunskrankentafeln	Knappschaftsrankentafeln
1924	53,9	25,7	76,0	64,3	86,0
1925	66,3	34,1	94,2	73,3	103,7
1926	70,1	38,0	99,3	77,8	109,8
1927	77,7	42,5	108,7	85,6	152,8

Die Reinausgaben gestalteten sich wie folgt je Mitglied (in Mark):

Jahr	Ortskrankentafeln	Landkrankentafeln	Betriebskrankentafeln	Annunskrankentafeln	Knappschaftsrankentafeln
1924	48,0	25,0	72,2	53,0	80,7
1925	64,0	33,2	88,4	70,4	97,5
1926	65,2	36,8	92,0	74,8	127,5
1927	74,8	41,7	101,3	81,3	152,1

Vermögen hatten, auf ein Mitglied gerechnet, im Jahre 1927:

Ortskrankentafeln	28,4 M.
Landkrankentafeln	9,2 M.
Betriebskrankentafeln	39,5 M.
Annunskrankentafeln	30,1 M.
Knappschaftsrankentafeln	80,0 M.

Bei den Knappschaftsrankentafeln (nur Arbeiterabteilung) fallen die geringen Mitgliederzahlen, hohe Beiträge und hohe Ausgaben auf. Sie sind zum größten Teil bedingt durch die weit höheren Krankenziffern im Bergbau. So hatten 1927 auf je 100 männliche Mitglieder:

Krankheitsfälle	Ortskrankentafeln	Landkrankentafeln	Betriebskrankentafeln	Annunskrankentafeln	Knappschaftsrankentafeln
Krankheitsfälle	56,8	37,3	64,8	56	88
Krankentage	1212,2	733,3	1460,8	1150,4	2628,2

Die Sterbefälle zeigten für die Knappschaftsrankentafeln ein günstigeres Bild. Es entfielen im Jahre 1927 Sterbefälle auf je 100 Mitglieder in den

Ortskrankentafeln	6,9
Landkrankentafeln	6,5
Betriebskrankentafeln	6,8
Annunskrankentafeln	5,3
Knappschaftsrankentafeln	4,6

Beruf und Tuberkulose.

Es bestehen enge Zusammenhänge zwischen dem Beruf und der Tuberkulose, und zwar wurde die zuerst etwas eigenartig anmutende Tatsache festgestellt, daß die Tuberkuloseziffer in einem Berufe um so geringer war, je größere körperliche Kräfte in dem Berufe erforderlich waren. Obwohl also an die körperliche Leistungsfähigkeit große Ansprüche gestellt wurden, war die Tuberkuloseziffer immer kleiner als in den Betrieben, die an den Menschen keine großen Ansprüche rein körperlicher Art stellten.

Auch in anderen Ländern wurde diese Tatsache bestätigt. So haben nach der holländischen Berufsstatistik eine Tuberkulosesterblichkeit von nur 1,9 pro Tausend die Landarbeiter, von 1,43 pro Tausend die Maurer, dagegen von 2,27 pro Tausend die

Schmelzer, von 4,14 die Schuhmacher, von 2,37 die Friseur und von 3,16 die Tabalarbeiter.

In ähnlicher Weise ist auch das Sterberisiko bei den schweren Berufen höher als bei den leichten. Während die Jahre zwischen 1909/10 und 1913/14 das Hauptsterberisiko für die sogenannten leichten Berufe sind, stehen die schweren Berufe trotz der großen Ansprüche an den Körper wesentlich später an Tuberkulose.

Das beweist nun natürlich nicht, daß die schweren Berufe vielleicht gar etwas Gesundheitsförderliches sind, sondern, wie neue Untersuchungen einwandfrei gezeigt haben, kommt in dieser Beziehung der unterschiedliche Körperzustand der Menschen zum Ausdruck. Die schweren Berufe werden eben von den stärkeren Menschen bevorzugt, während die schwächeren Menschen naturgemäß den Beruf zu ergreifen bestrebt sind, der ihren Körperträgheit entspricht.

Man hat zu unterscheiden zwischen Menschen mit kräftiger Muskulatur, Menschen mit gebrungenem Körperbau und Menschen mit schmalen, oft langem Brustkorb, und man hat festgestellt, wie Medizinalrat Dr. Jodet hierüber in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ schreibt, daß die Tuberkulose innerhalb dieser drei Gruppen ganz verschieden auftritt. Die Brustleiden erkranken weniger, und sie stellen vor allem die Schwächeren dar. Die Menschen mit gebrungenem Körperbau dagegen sind auch der Tuberkulose weniger ausgesetzt, während die Menschen mit schmalen Brustkorbe unter den Tuberkulösen am stärksten vertreten sind. Damit entspricht das Verhältnis Beruf und Tuberkulose dem Verhältnis Körperbau und Tuberkulose, und die Untersuchungen zeigen, von wem auch ausflagegebender Bedeutung die Berufsberatung für Gesundheit und Lebensdauer ist.

Volksfürsorge an der Spitze!

Durch die Sozialversicherung ist in den breiten Massen des deutschen Volkes der Versicherungsgedanke gefördert worden; sie hat durch Verbreitung und Vertiefung des Versicherungsgebaltens der von den Versicherungsunternehmen betriebenen Volksversicherung die Wege geebnet, denn die Ausdehnung der Sozialversicherung und gewaltiges Steigen der Volksversicherung fallen in der Vorkriegszeit zeitlich zusammen. Je mehr Bevölkerungskreise die Sozialversicherung erfaßte, um so stärker breitete sich auch die Volksversicherung aus; zählten wir doch schon vor dem Kriege in Deutschland mehr als 12 Millionen Versicherungsbevölkerung. Es wird nicht mehr lange dauern und die Volksversicherung hat diesen Stand wieder erreicht.

Den größten Anteil am Volksversicherungsgeschäft unter den Gesellschaften in Deutschland hat die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der freien Gewerkschaften und der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften. Sie hat zurzeit einen Bestand von 1 850 000 Versicherungen mit 750 Millionen Mark Versicherungssumme. Die freien Gewerkschaften, die um eine bessere Ausgestaltung der Sozialversicherung kämpfen, fördern mit dem ganzen Einsatz ihrer Macht und ihres Ansehens auch die von der Volksfürsorge betriebene private Versicherung. Das ist kein Widerspruch, sondern geschieht im wohlverstandenen Interesse der werktätigen Bevölkerung. Die Gewerkschaften werden darin von den Genossenschaften und den übrigen Zweigen der Arbeiterbewegung wirksam unterstützt.

Bekämpfung der Bohrtaubgefahren in den Gruben.

Die Bergbehörden und der Bergbau selbst sind eifrig bestrebt, einen sicheren Bohrtaubschutz zu erhalten. Auf ein dahingehendes Preisensschreiben liefen 370 Bewerbungen ein. Das Preisgericht hat zur Prüfung der Bewerbungen zwei Arbeitsauschüsse eingesetzt, bestehend aus den Herren Bergrat Fuhr, Bergassessor Schmeier, Diplom-Ingenieur Dr. Müller, Bergassessor Schmeier, Bergassessor Leidenroth von der Station I der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Schießsteiger Cruz (Langendreer) und Gewerkschaftssekretär Schudh (Bochum). Die Vorarbeiten sind so weit vorgeschritten, daß vor einiger Zeit schon auf der Grube Friedrich-Wilhelm in Herdorf die Versuchsanlagen in der Praxis durchgeführt werden konnten. Die Durchführung der Versuche, an welcher außer den Mitgliedern des betreffenden Arbeitsauschusses der Leiter des Gruben sicherheitsamtes, Minierfaktoral Rother, ferner Sichter mann vom Gruben sicherheitsamt und Dr. med. Freyking, Leiter der Vorarbeiten der Staubmessungen, teilnahmen, gestaltete sich sehr interessant und lehrreich. Anschließend an die Durchführung der Versuchsanlagen erklärte Dr. Freyking die bei jeder Bohrung festgestellte Staubmenge mit Hilfe eines besonderen Staubzählerapparates. Auf Grund der bei der Durchführung der Versuchsanlagen und den Beobachtungen konnte man an die Vorbeurteilung der Bewerbungen herangehen. Den Rest der Bewerbungen glaubt man am Laufe des Monats Dezember erledigen zu können. Inzwischen nimmt die praktische Ausprobung der vorhandenen Apparate ihren Fortgang auf der genannten Grube. Anfang Januar nächsten Jahres gedenkt man die praktischen Versuche auf einer westfälischen Grube, wahrscheinlich auf der Versuchgrube in Gelsenkirchen, fortzusetzen.

Aus dem Ruhrrevier.

Achtung: Gelbe Gefahr!

Ein Betriebsrat schreibt uns: Vor kurzem prangte an der Marktkontrolle unserer Schachtanlage folgender Anschlag: „Am Sonntag, dem 8. 12. 29, 10 Uhr, findet im Lokale Sonntag eine Versammlung der Meisterhauer unserer Schachtanlage statt zwecks Gründung einer Mitknappengemeinschaft. Alle Meisterhauer werden gebeten, zu erscheinen. Der Einberufer: Müller.“

Ich weiß nicht, ob Ihr von anderer Seite schon auf dieses Gewächs allergischster Färbung aufmerksam gemacht worden seid, aber es kann auch dann nichts schaden, wenn ich trotzdem darauf hinweise. Wir sind nämlich nicht die einzige Schachtanlage, welche mit diesem Unkraut gesegnet werden soll. Auf Minister Stein ist die Gründung bereits vor einiger Zeit erfolgt. Am Sonntag, dem 1. Dezember, fand hier in einer Steigerstube bereits eine Versammlung statt, wobei die Gründung aber mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde dank der Abwehr einiger gewerkschaftlich organisierter Meisterhauer.

Nun soll aber die Gründung doch erfolgen, ganz gleich, ob eine Mehrheit dafür vorhanden ist oder nicht. Es sind da so einige Schmarotzer von „Friederichsbereits“ Gnaden, welche die Sache in die Hand genommen haben. Einer davon war auch nach Minister Stein delegiert worden, um sich Informationen zu holen.

Daß dieser neue gelbe Kramladen gleichzeitig im ganzen Bezirk im Leben gerufen wird, beweist uns, daß zentrale Kräfte am Werk sind. Das „Dimit“ ist jedenfalls die Quelle, woraus dieses

Kameraden!

Wir machen darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember 1929 die für das Jahr 1929 geltenden Beitragsmarken ihre Gültigkeit verlieren und eingezogen werden. Alle Mitglieder sind deshalb verpflichtet, die für das Jahr 1929 fälligen Beiträge bis zum Ablauf des Jahres zu zahlen, damit am Jahreschluß keine Restanten vorhanden sind. Die Ortsverwaltungen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die für das Jahr 1929 bestimmten Beitragsmarken über den 31. Dezember 1929 hinaus unter keinen Umständen zurückgehalten und verwandt werden dürfen, da für 1930 andersfarbige Marken zur Verwendung kommen.

tolde Gewässer geheißt wird. Wir leben an der ganzen Auf-
machung, daß die Besenverwaltungen ihre Freude an dieser
neuen Besenart haben, ja, daß sie direkt von ihnen ins
Leben gerufen worden ist.

Im Meisterhauerunterricht ist der Gedanke von dem Aus-
bildungsleiter hingeworfen worden und einige Sprengel-
haben sich hierin darauf gestützt, um die dunklen Geschäfte ihrer
Ausbildung zu besorgen. Den organisierten Kameraden rehet man
vor, es handle sich nur um eine reine Standesorganisation der
Meisterhauer, welche einerseits den kameradschaftlichen Geist
pflegen wolle (siehe Kriegerverein!), andererseits die Interessen der
Meisterhauer dem Unternehmer gegenüber wirksam vertreten
wolle. (Nicht lachen!) Man erzählt schon von einer Forderung,
welche gleich bei der ersten Zusammenkunft mit großer Stun-
genkraft erhoben worden sei, nämlich: „10 Prozent mehr Lohn für
alle Meisterhauer fortlaufend, ganz gleich, ob sie einen Hau-
ermeister auszubilden haben oder nicht“. Man sieht also, daß die
Absicht ist, die Arbeiter durch eine Speckschwarte zu locken, um sie
so sicher in die Falle zu bekommen.

Man will die Sache nicht von vornherein ins Uner-
gessen bringen. Aber hintenherum hat man schon
so einiges durchblicken lassen, zum Beispiel: wenn es, nachdem
die Gemeinschaft gegründet ist, gewünscht würde, sei der Herr
Ausbildungsleiter gern bereit, in Monatsversammlungen Vor-
träge zu halten. Bei Ausflügen solle bereitwillig das Zeden-
auto zur Verfügung gestellt werden. Für die notwendige schrift-
liche Arbeit des Vorstandes solle das Büro der Besse (Schreib-
maschine) zur Verfügung stehen. Und, Kameraden, habt Ihr schon
mal gesehen, daß die Besse einem Verein zu seiner Gründungs-
versammlung die Steigerkarte zur Verfügung stellt? Nein, und
wenn es ein ganz neutraler Regels- oder Lotteriestaub wäre! Und
das nennt sich Kampf mit dem Unternehmer zur Wahrung der
Hauerinteressen!

Alles dies muß uns zu denken geben. Eine Organisation,
die solcherart vom Arbeitgeber protegiert wird, ist verdächtig, sehr
verdächtig. Man will damit die Gewerkschaften nur zerstören.
In letzter Zeit hat man die sogenannten Deutschnationalen Ar-
beiterverbände hochgehäpelt. Das scheint bei den Ruhrbun-
den nicht den nötigen Anklang gefunden zu haben, nun kommt man
hiermit. Von der Methode, einige Kumpels über ihre Klassen-
geholfen emporzuheben, verspricht man sich wohl mehr Erfolg.

Aber wie gefährlich uns diese Brüder im Falle eines Streiks
werden können, haben wir uns wohl zu überlegen. Bei den heu-
tigen Großbetrieben, vor allem den großen Schüttelindustrien-
betrieben im flachen Gebirge, ist es ein Leichtes, mit zwei bis drei
dieser Gefellen, welche ja durchweg gut ausgebildete Hauer sind,
und einem Hausen ungeschulten Streikbrecher, welche von
Kohlegrube gar keine Ahnung zu haben brauchen, eine
große Menge Kohlen zu gewinnen. Denn es genügt ja in solchen
Fällen, wenn zwei bis drei Mann zur Bewachung und Be-
leitung, zum Verhüten, zur Überwachung und Be-
folgung der notwendigen Bergpolizeivorschriften da sind. Das
andere, nämlich die Schippe und den Abbaumhammer, kann schließlich
jeder verarbeiten. Also, Kameraden, Augen auf! Aufgebaut,
was gespielt wird!

Konferenz der Geschäftsstelle Bochum.

Für den 15. Dezember hatte die Geschäftsstelle Bochum für
sämtliche Funktionäre eine Konferenz einberufen, wozu 300 Teil-
nehmer erschienen. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Ge-
schäftliches; 2. Vortrag des zweiten Vorsitzenden August Schmidt
über „Arbeitsgesetz bzw. Bergarbeitsgesetz“; 3. Vortrag des
Sauptkassierers Hermann Wittner über „Geschäftlicher Werde-
gang der Verbändefinanzien“. Beide Vorträge wurden mit In-
teresse und ohne Diskussion entgegengenommen.

Angenommen wurde folgende

Entscheidung:

„Die heute am 15. Dezember 1929 in Bochum tagende große
Funktionärskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriear-
beiter (Geschäftsstelle Bochum) mit 300 Teilnehmern hat durch
den Bericht des zweiten Vorsitzenden Kenntnis von dem Ent-
wurf eines Bergarbeitsgesetzes genommen.“

Die Konferenz ist der Auffassung, daß alle den Bergbau
betreffenden Schutzfragen für die Bergarbeiter unter und
über Tage in einem Gesetz zu regeln sind.

Die Konferenz ist weiter der Überzeugung, daß unter Aus-
scheidung der Einzelkämpfer-Geschäfte im Interesse aller in
der Bergbauindustrie beschäftigten Arbeiter sowie der Ueber-
sichtlichkeit der Berggesetzgebung überhaupt die Schaffung
eines Reichsberggesetzes eine zwingende Notwendig-
keit geworden ist.

Die Konferenz gelobt — nach Anhören des Vortrages durch
Sauptkassier Wittner — dafür sorgen zu wollen, daß die
Beiträge strikte nach den Satzungen des Verbandes einfließen
werden. Sie ist sich darüber klar, daß die Beiträge die Grund-
lage des Finanzgebührens für den Verband sind und der Grund-
stock für das Machtverhältnis des Verbandes bedeuten.“

Mit einem Hoch auf den Verband wurde die gut verlaufene
Tagung vom Kameraden Deype geschlossen.

Heinrich Böninghoff 80 Jahre alt.

Am 5. Dezember feierte unser verdienstvoller Kampfgenosse
Heinrich Böninghoff, Bahnhofs-Barock, seinen 80. Ge-
burtstag. Ist sein Alter ein seltenes, so ist aber auch sein Lebens-
weg ein seltener. Schon unter dem Sozialistengesetz stand Heinrich
Böninghoff in der ersten Reihe der freien Arbeiterbewegung.
Als der Bergarbeiterverband gegründet wurde, dessen Mitglied
er heute noch ist, trat er demselben nicht nur sofort bei, sondern
er sorgte auch mit großem Fleiß für die Stärkung desselben. Es
gab keine Kleinarbeit für den Verband, an der Heinrich Böning-
hoff nicht teilnahm. In keiner Versammlung fehlte er. Jahre
hindurch war er Berggewerbeerichtlicher und Unterhändler.
Diese Gelegenheit benutzte er, um dem Verbands neue Mitglieder
zuzuführen. Auch konnte ihn nichts davon abscrecken, auf seiner
Arbeitsstelle für den Verband zu wirken, wofür er zu wieder-
holten Malen gemahngelt wurde, in der Nachbarschaft keine Ar-
beit fand und so gezwungen war, stundenlange Wege zurückzu-
legen, um überhaupt Arbeit zu finden. Nichts konnte ihn ver-
drängen. Sein Ideal war der Verband. Er war ihm Herzens-

sache. Ein hohes Menschenalter hat er im Verband für ein besse-
res Dasein der Arbeiterchaft gekämpft. Die freigewerkschaftliche
Arbeiterbewegung war ihm ein Kleinod.

Wir als jüngere Generation schmören dem Alten an seinem
80. Geburtstag, daß wir der Fahne des Verbandes, die er aus
der Taufe gehoben hat, genau wie er treu bleiben werden. Zu
seinem 80. Geburtstag gratulieren wir aufrichtig und wünschen
ihm einen noch recht langen und sonnigen Lebensabend!

Aus dem Saargebiet.

Die Knappschaftsstichwahlen.

Am 15. Dezember fanden in fünf Knappschaftsprengeln Stich-
wahlen statt. Das Ergebnis ist folgendes:

Ort	Verband	Christliche	Syndikalist	Mandat
Waldmohr	104	64	—	Verband
Dillpennweiler	116	78	—	Verband
Stammweiler	103	68	—	Verband
Wettling	170	174	—	Christliche
Jägerfreude	76	—	83	Syndikalist
	629	384	83	

Der christliche Gewerksverein vertiert in der Stichwahl zwei
Mandate (Stammweiler und Dillpennweiler) an den Verband, der
Verband ein Mandat durch Stimmhaltung des christlichen Ge-
werksvereins an einen anglophilen Syndikalisten.

Bei der Hauptwahl erhielten in dem Sprengel Jägerfreude
der Verband 77, der christliche Gewerksverein und der anglophile
Syndikalist Viktorus je 73 Stimmen. Das Los entschied, daß der
Syndikalist mit dem Verbandskandidaten in Stichwahl kam. Die
beiden Gewerkschaften, Verband und Gewerksverein, hatten im
ersten Wahlgang zusammen 150 Stimmen, gegen 73 des Syndi-
kalisten. Die christlichen Wähler übten bei der Stichwahl bis auf
wenige Stimmen Stimmhaltung und verhalfen somit dem ge-
werkschaftlich unorganisierten Syndikalisten durch Stimmabgabe
und Stimmhaltung zum Sieg.

Das Saarknappschaftsparlament setzt sich nun endgültig zu-
sammen:

Organisation	Mandate
Verband der Bergbauindustriearbeiter	95
Deutscher Metallarbeiterverband	1
Christliche Gewerkschaften	75
Unorganisierte Syndikalisten	1

Die freien Gewerkschaften haben somit 96 Mandate gegen 75
der christlichen Gewerkschaften, ein Mehr von 21 Mandaten.

Vorstandssitzung der Saarknappschaft.

Entsprechend der von der Generaldirektion der Saargruben
beschlossenen allgemeinen Lohnerhöhung beschließt der Vorstand,
mit Wirkung vom 1. Dezember 1929 ab nachstehende neue Lohn-
stufeneinteilung und Beitragszahlung bei der Krankenkasse in
Kraft treten zu lassen:

Lohnstufe	Grundlohn	Lohnhöhe	Beitrag für jede Seite
I	9 Fr.	bis 11 Fr.	20 Fr.
II	12	14	21
III	15	17	22
IV	18	20	23
V	21	23	24
VI	24	26	25
VII	27	29	26
VIII	30	über 29	27

Das Krankengeld beträgt 50 Prozent, von der siebenten Woche
ab 60 Prozent des Grundlohns.

Festsetzung und Erhöhung der Renten.

Die Verwaltung gibt davon Kenntnis, daß seitens des Ver-
bandes der deutschen Versicherungsanstalten gegen die Festschließung
mit der Verwaltung der Reichsknappschaft über die Festsetzung
der Renten getroffenen besonderen Überwachungen Bedenken ge-
äußert worden sind, die noch nicht endgültig erledigt werden
konnten. Es wird erwartet, daß seitens der Reichsknappschaft
die notwendigen Schritte in dieser Hinsicht unternommen werden.

Trotz der erhobenen Bedenken scheint die Reichsknappschaft
die Absicht zu haben, die getroffene Vereinbarung durchzuführen,
da vor kurzem die erste Sendung von Renteneinstellungen gemäß
der getroffenen Vereinbarung hier eingegangen ist. In der Zwi-
schenzeit hat auch der Reichsarbeitsminister entsprechend der ge-
troffenen Vereinbarung die Entscheidung getroffen, daß bei allen
Rentenempfängern, die innerhalb des Saargebietes wohnen, einer-
lei, ob sie nur Beiträge vor 1922 oder nach 1922 geleistet haben, die
Festsetzung der Renten durch den Saar-Knappschaftsverein er-
folgen soll.

Auch in der Frage der Berechnung des 15prozentigen Zu-
schlags auf die deutschen Steigerungssätze sind seitens des Verban-
des der deutschen Versicherungsanstalten gewisse Bedenken geltend ge-
macht worden, so daß es bisher noch nicht möglich gewesen ist, bei
uns diesen Zuschlag zu ermitteln. Die Verwaltung hofft jedoch,
daß die Schwierigkeiten in Bälde beseitigt sind und daß es möglich
ist, bei der Erhöhung des saarländischen Rentenanteils auf Grund
der für den 1. Januar 1930 zu erwartenden neuen Verordnung
auch die 15prozentige Erhöhung der deutschen Steigerungssätze
gleichzeitig durchzuführen.

Neubesetzung eines Kuriprenegels.

Der Vorstand erklärt sich damit einverstanden, daß die infolge
Ernennung des bisherigen Knappschaftsarztes des Kuriprenegels
Eppelborn zum Kreisarzt demnächst freierwerdende Knappschafts-
arztsstelle dem Wundarzt Dr. Saumeier am Knappschafts-
Krankenhaus Sulzbach übertragen wird.

Erwerb eines Gutshofes.

Herr Knappschaftsadvokat Kroschel gibt davon Kenntnis, daß
der Erwerb des Gutes Hartungshof inzwischen getätigt worden
ist, und zwar zum Preise von 150.000 M. ohne lebendes und totes
Inventar und Ernte. Hierfür ist von einer im beiderseitigen
Einverständnis ernannten Kommission ein Preis von 218.000 Fr.
festgestellt worden. Die vorhandenen Futtervorräte reichen aus,
um 30 bis 40 Stück Rindvieh bis zum Frühjahr durchzuführen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Maßgabe der für den
Betrieb der Krankenhäuser geltenden Befugnisse auch für den
Betrieb des Gutshofes die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
Die bedeutenderen Maßnahmen sind dem Verwaltungsausschuß
vorher zur Genehmigung vorzulegen. Der Vorstand ist laufend
über den Betrieb des Hofes zu unterrichten.

Im Anschluß an die Ausführungen der Verwaltung erinnert
der Kommissar des Oberbergamts, Herr Dr. Heibeder, daran, daß
nach § 55 des Knappschaftsgesetzes der Knappschaftsverein ver-
pflichtet sei, für die Tüchtigkeit von Vermögensanlagen, wie sie der
Erwerb des Gutes Hartungshof darstelle, die Zustimmung der
Aufsichtsbehörde einzuholen. Dies sei nicht geschehen und er
müsse deshalb die Erwartung aussprechen, daß die Zustimmung
zu diesem Kauf noch nachträglich eingeholt werde. Wenn auch
das Oberbergamt infolge der Inflation dem Knappschaftsverein
bisher freie Hand bezüglich der mißverständlichen Anlage seines Ver-
mögens gelassen habe, so müsse es doch von nun an, nachdem
wieder stabile Verhältnisse eingetreten seien, sich wieder streng an
die Vorschriften des Knappschaftsgesetzes halten.

Vergütung für Heilgehilfen.

Dem Antrage der Heilgehilfen Müller und Genossen auf Er-
höhung der Gehälter für niedere ärztliche Hilfeleistung zufolge
beschließt der Vorstand, für die Zukunft nachstehende Sätze zu
gewähren: für Ausprüfgen beider Ohren 4 Fr., für Ausprüfgen
eines Ohres 3 Fr., für Massage 4 Fr., für ein Dampfbad mit
Massage 5 Fr., für ein elektrisches Bad mit Massage 6 Fr. Für
Bahngehören wird in Zukunft keine Gebühr mehr bezahlt. Der
Vorstand geht dabei von der Erwägung aus, daß es nicht mehr
zeitgemäß ist, das Bahngehören bei Knappschaftsmitgliedern durch
nicht geprüfte Personen ausführen zu lassen, daß es vielmehr
Aufgabe der Krankenkasse ist, auf möglichst Erhaltung der Bahne
hinzuwirken. Nachdem heute fast in allen Orten Bahnärzte bzw.
Dentisten zur Bahnbehandlung der Mitglieder zugelassen sind,
besteht ein Bedürfnis, die Grubenheilgehilfen noch zum Bahn-
gehören heranzuziehen, nicht mehr.

Baudarlehen.

Die Verwaltung gibt davon Kenntnis, daß auf Grund des
Vorstandsbeschlusses betr. die Gewährung neuer Baudarlehen
bis jetzt 1721 Anträge eingegangen sind. Davon sind
766 Anträge abzulehnen, da sie nicht den aufgestellten
Richtlinien entsprechen. Von den übrigen 955 Anträgen,
die den Bedingungen entsprechen, entfallen 433 auf Neubauten
und 457 auf Umbauten, während bei 65 Anträgen noch genauere
Bestimmungen erforderlich sind.

Da es zurzeit nicht möglich ist, eine Erhöhung der Gesamt-
summe, die für Darlehen in Aussicht genommen ist, vorzunehmen,
werden sich viele der Antragsteller, bei deren Anträgen die vom
Vorstand festgesetzten Bedingungen voll erfüllt sind, damit ab-
finden müssen, daß ihnen ein Darlehen aus Mangel an Mitteln
nicht gewährt werden kann.

Die Auswahl der zu berücksichtigenden Antragsteller soll durch
eine Kommission des Vorstandes erfolgen.

Die Saargruben im 3. Vierteljahr 1929.

Monat	Förderung in Tonnen				Leistung und Arbeitszeit		
	Staats- gruben	Grube Kranzshof	Insgesamt	Reis- produktion	Durch- schnittliche Tagesleistung	Leistung pro Kopf	Zahl der Arbeitsstage
Juli	1 197 495	43 790	1 241 284	16 865	46 039	855	26,96
August	1 188 225	43 484	1 231 709	16 925	46 042	864	26,75
Sept.	1 070 438	40 763	1 111 201	15 657	45 074	846	24,65
	3 456 153	128 046	3 584 200	38 847	45 718	855	

Verteilung der Förderung (in Tonnen).

Monat	Zeden- verbrauch	Deputat- lohn	Kokerei	Gesamt- abgab.		Halbdenbestand	
				Reis	Kohle	Reis	Kohle
Juli	90 782	43 828	28 348	1 237 824	858	56 107	
August	89 864	14 420	28 465	1 231 709	820	78 215	
Sept.	87 246	28 850	23 734	1 116 681	1160	67 730	

Stärke der Belegschaft (Arbeiter).

Monat	Unter- Tage	Ueber- Tage	Neben- betriebe	Insgesamt	Angestellte, Beamte	Gesamt- personal
August	44 118	12 890	2 865	59 873	3 398	63 271
Sept.	44 151	12 894	2 847	59 892	3 398	63 290

Durchschnittslöhne, ermittelt vom Oberbergamt Saarbrücken (einschließlich Abzüge).

	ohne Familienzulage	
		mit
Bollhauer im Gebirge	43,42 Fr.	49,93 Fr.
Durchschnitt aller Untertagearbeiter	40,31	49,33
Durchschnitt aller Arbeiter	38,87	41,75

Unfälle auf sämtlichen Saargruben.

	Anzahl	auf 1 Million verlorene Schichten	
		auf 1000 Mann Belegschaft	auf 1 Million verlorene Schichten
Zahl der Unfälle insgesamt	2 330	39,37	500,95
darunter tödlich	18	0,219	2,79
Mehr als 4 Wochen arbeitsunfähig	484	8,17	104,06

Die Lage am Saarkohlenmarkt war auch im 3. Vierteljahr
1929 nicht ungünstig. Der Halbenbestand beträgt 1 1/2 Tages-
förderung.

Die letzte Stütze des Saarbundes auf Grube Bellen durch den Verband erobert.

Vor mehr als Jahresfrist wurden die Anhänger des Saar-
bundes auf Grube Bellen in eine besondere Steigerabteilung ver-
legt, so daß es ihnen mit Hilfe dieser Werkmaßnahme gelang,

